

Wöchentlich 20 Blätter, monatlich 2,- Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 2.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der wichtigsten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Blätterwelt“, „Stadtblätter“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Worlt“, „Bild in die Weidenwelt“, „Kulturarbeit“ und „Tatort“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einzige politische Tageszeitung in Deutschland. „Kleine Ausgabe“ des letzten Jahrgangs (1927) ist in jeder Buchhandlung erhältlich. Preis 12 Pfennig. Einzelhefte des Jahrgangs 1927 sind zu je 10 Pfennig zu beziehen. Preis 10 Pfennig. Preis für 10 Hefen 1.00 Reichsmark. Preis für 20 Hefen 2.00 Reichsmark. Preis für 50 Hefen 5.00 Reichsmark. Preis für 100 Hefen 10.00 Reichsmark. Preis für 200 Hefen 20.00 Reichsmark. Preis für 500 Hefen 50.00 Reichsmark. Preis für 1000 Hefen 100.00 Reichsmark. Preis für 2000 Hefen 200.00 Reichsmark. Preis für 5000 Hefen 500.00 Reichsmark. Preis für 10000 Hefen 1000.00 Reichsmark. Preis für 20000 Hefen 2000.00 Reichsmark. Preis für 50000 Hefen 5000.00 Reichsmark. Preis für 100000 Hefen 10000.00 Reichsmark. Preis für 200000 Hefen 20000.00 Reichsmark. Preis für 500000 Hefen 50000.00 Reichsmark. Preis für 1000000 Hefen 100000.00 Reichsmark.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verantwortlicher: Tscholl 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskontokonto-Gesellschaft, Postfach 100 000 Berlin

Weingärtner verhaftet.

Das Sprengstoffverbrechen in der Unglücksvilla.

Die Kriminalpolizei hat gestern abend den Mitbesther der Villa Parkstraße 40/42 in Dahlem, Generalkonsul Robert Weingärtner, wegen fahrlässiger Tötung sowie wegen Verbrechen und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet. Da wegen dieser Straftaten eine schwere Bestrafung zu erwarten ist, erschien Fluchtverdacht nicht ausgeschlossen.

Pariser Parlamentsbeginn.

Die letzte Sitzungserie vor der Neuwahl.

Paris, 9. Januar. (Eigenbericht.)

Am Dienstag treten die beiden Häuser des Parlaments wieder zusammen. Die Session der Kammer, deren Neuwahl für den 22. April angelegt ist, dürfte kaum über Mitte März hinaus dauern, damit die Abgeordneten an der letzten Phase des Wahlkampfes teilnehmen können. Das noch unerledigte Arbeitsprogramm ist so umfangreich, daß eine Reihe wichtiger Fragen, wie die Reform der Kriegsgerichte, die Revision des Zolltarifs und vielleicht auch das Petroleummonopol dem neuen Hause überlassen bleiben dürften. Die Regierung beabsichtigt, zunächst das Rekrutierungs-gesetz und die Ergänzung zum Verfassungstatut durchzubringen, um hierauf das Siedlungsgesetz, dessen Wirkung auf die breiten Wählermassen nicht übersehen werden kann, zur Annahme zu empfehlen. Endlich soll auch die Sozialversicherung, die seit Jahren vom Senat unerledigt geblieben war, noch in dieser Legislaturperiode Gesetz werden. Neben der rein gesetzgeberischen Arbeit soll in der Kammer auch die große Debatte über die Finanzpolitik von Poincaré am 24. Januar beginnen. Ebenso dürften noch die Interpellationen über die Pariser Sacco-Bonazzi-Lundgebungen und den Antikommunistenfeldzug erledigt werden.

Dem Senat hat die Regierung gleichfalls eine Reihe von Gesetzen wie über die Organisation des französischen Volkes im Kriegsfalle und über die Freizone vorgelegt. Daneben wird sie Interpellationen über die auswärtige Politik, die Bahrungsfähigkeit und über die Einheitschule zu beantworten haben.

Mussolini im Kriegesold Frankreichs.

Paris schuf ihm sein Hehlblatt.

Paris, 9. Januar.

Genosse Paul Faure, der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, macht im „Populaire“ eine überaus interessante Enthüllung über die Beziehungen Mussolinis zu den Ententeregierungen kurz vor dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg. Als Faure damals mit dem französischen sozialistischen Minister Jules Guesde über die Gefahr einer völligen Vernichtung Europas durch den Krieg sprach, erklärte Guesde, daß auf ein baldiges Ende zu hoffen sei, da Aussicht bestünde, Italien an die Seite der Alliierten in den Krieg hineinzuziehen. „Wir haben dort einen Mann, der uns gehört, das ist Mussolini“, sagte Guesde, „wir haben ihn durch eine erste Geldsendung von 100 000 Franken bei der Gründung seines Blattes „Popolo d' Italia“ unterstützt.“

Faure bemerkt dazu, daß er selbst zwar nicht wisse, wer das Geld Mussolini überbracht habe, aber Cachin, der heutige Führer der Kommunisten, könne darüber nähere Angaben machen, da Cachin sich zu jener Zeit als Agent der französischen Regierung in Italien befand.

Verfolgungen in Litauen.

Neue Sozialistenverhaftungen.

Kowno, 9. Januar.

In der litauischen Kreisstadt Birsch, wo größere Mengen der von Emigranten herausgegebenen regierungsfeindlichen Literatur beschlagnahmt wurden, hat die Polizei jetzt zahlreiche Sozialdemokraten verhaftet, darunter Pilotas, der auf dem Emigrantenfängnis in Riga Schriftführer war.

Aufdeckung der Folterung unerwünscht.

Kowno, 9. Januar.

Der Prozeß gegen mehrere höhere Polizeibeamte, der dieser Tage in Mariampol begonnen sollte, ist auf unbestimmte Zeit verlagert worden. Der Prozeß sollte sensationelle Enthüllungen über die Zustände in den Untersuchungsgefängnissen während der habsburgisch-demokratischen Herrschaft bringen, wo Erpressung von Gefangenen durch Folterungen an der Tagesordnung gewesen sein sollte.

Flut der Erwerbslosigkeit.

Bis Mitte Dezember 1391 000 Arbeitsuchende. — Höchststand überschritten.

Die Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes, die im November infolge Einstellung fast sämtlicher Außenarbeiten bei den Arbeitsnachweisen zu 1,13 Millionen neuen Arbeitsgesuchen geführt hatte, hat sich in der ersten Dezemberhälfte in den Saisonberufen weiter verschärft. Die Zahl der in den Außenberufen freigeordneten Arbeitskräfte scheint jedoch nunmehr den höchsten Stand erreicht zu haben.

In diesem Zusammenhang ist nach den Feststellungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung besonders bemerkenswert, daß die Zunahme der Arbeitslosen in den übrigen, nicht unmittelbar von der Jahreszeit abhängigen Berufen vom 15. November bis 15. Dezember nach den Ergebnissen auf das geringe Maß von 14 Proz. beschränkt blieb. Aber auch diese Verfassung dürfte mehr auf die Beeinträchtigung der Industrie durch die rein saisonmäßig daniederliegenden Schlüsselgewerbe zurückzuführen

sein, als auf eine allgemeine konjunkturnmäßige Verschlechterung der Beschäftigungs- und Wirtschaftslage.

Im ganzen ist die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen verfügbaren Arbeitsuchenden von Mitte November bis Mitte Dezember von 896 000 auf 1 391 000 oder um 55,2 Proz. angestiegen. Der Restbestand des Stellenangebotes ist gleichzeitig um 22 Proz. auf 29 000 offene Stellen gefallen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Arbeitslosenversicherung hat sich am 15. Dezember bekanntlich auf 1 002 000, d. h. seit dem 30. November um 250 000 erhöht. Die Steigerung ist in der ersten Dezemberhälfte absolut jedoch noch größer als in der Zeit zwischen dem 15. und 30. November. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger und der Hilfsarbeiter in der Arbeitslosen- und Arbeitslosenversicherung beläuft sich am 15. Dezember auf 1 048 000 gegen 802 000 am 30. November 1927.

Das Geheimnis des Kreisoffiziers.

Prozeß Trescow-Badike. — Reichswehrministerium und Großgrundbesitzer.

Prozeß Trescow-Badike. Die Deffentlichkeit ist stundenlang ausgeschlossen. Wegen Gefährdung der Staatssicherheit. Vor der Tür des Saales warten die Vertreter der Presse. Hinter der Tür aber werden die großen Staatsgeheimnisse erörtert.

Erstes Staatsgeheimnis: Ein Herr v. Hammerstein vom Reichswehrministerium und ein Generalleutnant a. D. v. Salzenberg suchen nach der Formel, um die Parteien zu verführen. Unter Ausschluß der Deffentlichkeit und tätiger Beihilfe des Gerichts.

Zweites Staatsgeheimnis: Der Major Badike verteidigt sich. Unter Ausschluß der Deffentlichkeit. Aber man weiß schon, was er gesagt haben wird: Wir wollten keine putschistischen Formationen aufstellen, sondern Grenzschutztruppen. Grenzschutz gegen wen? Nun, gegen einen polnischen Einfall. Selbstverständlich mit Wissen und Genehmigung der Reichswehr und in ihrem Auftrage. Er wird erklärt haben, daß er der Kreisoffizier des Kreises Königsberg-Neumark gewesen sei.

Und deswegen Ausschluß der Deffentlichkeit! Das weiß man alles. Es ist längst in der Presse veröffentlicht worden. Im Prozeß Trescow erster Instanz ist über diese Dinge in voller Deffentlichkeit gesprochen worden. Warum also Ausschluß der Deffentlichkeit unter dem Vorwand der Gefährdung des Staatsinteresses? Das ist eine Lächerlichkeit, die nur Anlaß zu dunklen Gerüchten geben kann.

Nach der geheimen Sitzung die öffentliche. Die Zeugen werden vernommen. Da wird lustig ganz öffentlich über all das gesprochen, was „Gefährdung der Staatssicherheit“ ist, wenn der Major Badike es vorträgt. Ergebnis dieser Beweisaufnahme: daselbe wie in der ersten Instanz. Nun erkennt man ganz klar, was in diesem Prozeß gespielt wird.

Herr v. Trescow hat seinerzeit den Generalleutnant v. Salzenberg informiert, daß die Leute um Badike sich mit Putschplänen trügen. Salzenberg war der Vertrauensmann des Reichswehrministeriums. Er ging zum Wehrministerium und erkundigte sich, was los sei. Nach einer Auslage warnte ihn Seerd vor Badike. Der Jungdeutsche Orden drängte nun beim Wehrministerium auf Klarheit. Die Folge war die bekannte Mahraunische Denkschrift. Die Leute um Badike waren wütend. Trescow mußte den Prügelknaben spielen. Der gesellschaftliche Boykott gegen ihn wurde in Szene gesetzt, Badike warf ihm groben Vertrauensbruch vor.

Nun ist es eigentümlich, daß es Vertrauensbruch sein soll, wenn ein Vertrauensmann des Reichswehrministeriums angefragt wird, ob ein zweiter Vertrauensmann des Reichswehrministeriums im Auftrage des Ministeriums handelt. Die Beweisführung der Leute um Badike geht deshalb dahin, zu behaupten, Badike sei zwar wohl Vertrauensmann des Ministeriums gewesen, Salzenberg aber nicht! So behauptete mit aller Bestimmtheit ein Oberst v. Bredow aus dem Reichswehrministerium, der ein Plädoyer für Badike hielt. Herr v. Salzenberg protestierte dagegen im Gerichtssaal mit großer Erregung.

Es scheint, daß es im Reichswehrministerium in jener Zeit zwei Parteien gegeben hat.

Das andere Beweisstigma der Leute um Badike ist, daß es sich um legale Formationen, nicht um Putsch-

truppen gehandelt habe. Es fiel bei der Zeugenvernehmung das charakteristische Wort von einer gewissen Verlängerung der Reichswehr. Von Putschabsichten wollen die Herren nichts wissen. Diktatur des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48, Einsetzung einer Regierung auf Grund des Artikels 48 gegen den Willen des Parlaments, das ist ihrer Ansicht nach völlig legal und kein Putsch.

Das ist aber gerade, worauf es bei diesem Prozeß ankommt. Die Herren Großgrundbesitzer um den Kreisoffizier Badike nannten es legale Aktion des Reichspräsidenten. Die Leute vom Jungdeutschen Orden aber nannten es offen und ehrlich Putsch. Das ist der springende Punkt.

Dieser Punkt wird zum Prüfstein für das Gericht werden. Folgt es den verschleiernden Deduktionen der Badike und Genossen, die ihre gegen die Republik gerichteten Bestrebungen hinter einem Spiel mit dem Artikel 48 zu verbergen suchen, so könnte eine solche Stellungnahme des Gerichts zu einer wirklichen Gefährdung der Staatssicherheit werden!

Die Berufungsverhandlung in dem Beleidigungsprozeß v. Trescow gegen Major Badike hat bis zum Ende gehalten, was sie anfangs versprochen hat: man kam aus den Überbückungen nicht heraus. Die Staatsjustiz, die durch den Ausschluß der Deffentlichkeit gerettet werden sollte, wurde trotz des besten Willens des Vorsitzenden, nichts nach außen dringen zu lassen — und dieser Wille soll ihm nicht abgesprochen werden —, durch die öffentliche Verhandlung wieder aus höchste gefährdet. Man erhofft auch unversehrt, weshalb die Deffentlichkeit ausgeschlossen werden mußte: Major Badike arbeitete im Kreise Königsberg (Neumark) für das Reichswehrministerium; er war also gewissermaßen sein Bewahrer. Auch ein Waffenlager hat ihm unterstanden, „ein völlig legales“, erklärte der Sachverständige des Reichswehrministeriums, der Chef des Stabes des Reichswehrkommandos III von Hammerstein.

Zunächst werden in der Beweisaufnahme die Herren v. Breuh und von der Laude vernommen. Ihnen wie auch allen nachfolgenden Zeugen stellt der Vorsitzende eigentlich nur eine Frage, ob ihnen von Putschplänen die Rede war. Der Zeuge Breuh erklärte auf diese Frage: Von Putschplänen sei bestimmt nicht gesprochen worden. Ja, es sei nicht einmal daran gedacht worden. Allein über Aufstellung von Formationen zur Unterstützung der Reichswehr für den Grenzschutz sei die Rede gewesen. Allerdings habe man davon gesprochen, daß, falls die Regierungsbildung Schwierigkeiten machen sollte, der Reichspräsident mit Hilfe des Artikels 48 eingreifen würde.

Herr von der Laude erklärt, daß ihm nichts von einer Putschabsicht der Angeklagten bekannt sei. Er wisse nur, daß die Leute zur Aktion bereit sein sollten, wenn Stillschließung von der verfassungsmäßigen Regierung ergehen würde.

Die Mitglieder des Jungdeutschen Ordens sagten jedoch ganz anders aus.

Als erster kommt der Zeuge Müller zu Wort. Breuh habe ihn aufgefordert, sich unter sein Kommando und unter das Kommando des Majors Badike zu stellen. Es wurde dabei von dem Hof gesprochen, wenn der Reichspräsident von dem Artikel 48 Gebrauch machen würde und innere Unruhen entstehen würden. Es wurde dabei gesagt, daß auch nichts zu befürchten sei, da die

Erkenntnis ihre Zustimmung gegeben habe und alles mit dem Einverständnis der Reichswehr geschehe.

Dr. Kunz: Ist Ihnen von einer beabsichtigten Truppenzusammenfassung in der Nähe von Potsdam etwas bekannt? Zeuge: Ja, davon wurde gesprochen.

Der Zeuge Köstke ist erst 27 Jahre alt. Ihn hat der Studienrat Fränkert in Königsberg anfangs 1926 angeworben, an der Aufstellung einer Kampagne teilzunehmen. Auch dieser habe vom Kommandanten Putzsch und von einer Diktatur auf Grund des Artikels 48 gesprochen. Die Formationen sollten eingreifen, falls die Reichswehr sich zu schwach erweisen würde.

Geheimniskammer!

Rechtsanwalt Dr. Kunz: Ist Ihnen etwas von Waffenlagern bei Privatpersonen bekannt? (Zustuzrat Hahn springt auf.) Der Vorsitzende: Diese Frage kann ich in öffentlicher Sitzung nicht zulassen. Es ist wieder eine Frage, bei der die Sicherheit des Landes auf dem Spiele steht. Es war bedauerlich, daß ich die Öffentlichkeit habe ausschließen müssen. Ich habe sie wieder hergestellt, sofern es irgendwie möglich war.

Rechtsanwalt Dr. Kunz: Die Presse weiß ja mehr als wir. Was soll das überhaupt? Ganz jungen Leuten — wie diesem Zeugen zum Beispiel — wird über den beabsichtigten Putsch erzählt. Ueberall wird davon gesprochen, und von Tressow macht man den Vorwurf des Vertrauensbruchs!

Zustuzrat Hahn: Der Sachverständige wird sich darüber äußern.

Zeuge Müller ergänzt seine Aussagen dahin, daß der Leutnant Breuß ihm als Leiter der Bänderabteilung aufgefordert habe, sich mit seinen Leuten eventuell

für einen Marsch nach Berlin zur Verfügung zu stellen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er im Auftrage von Badide gekommen sei, meint der Zeuge: Jeder Mensch in der Gegend wußte, daß Brauß der Adjutant von Badide war. Brauß sagte auch, daß die Mannschaften aus den nationalen Verbänden und dem Jungvolk bei Potsdam zusammengezogen werden würden und daß diese Zusammenziehungen mit Einverständnis der Reichswehr geschehen.

Es folgt der Zeuge Schatz, 25 Jahre alt, Mitglied des Jungdeutschen Ordens. Seine Aussagen sind noch präziser als die der beiden vorausgegangenen Zeugen. An ihn ist ein gewisser Herr Dornat aus Küstrin mit der Aufforderung, bei der Aufstellung der Formationen behilflich zu sein, herangetreten. Er begründete dies in der gleichen Weise, wie dies bei den ersten Zeugen geschehen ist. Allerdings sprach er auch von der Möglichkeit eines politischen Einfalls. Als Herr Dornat aber einen General Löhner aus Küstrin erwähnte, von dem der Zeuge wußte, daß er nicht der Reichswehr angehört, kam ihm die Sache verdächtig vor und er lehnte ab. Dieser Zeuge behauptet übrigens auch, daß von Arbeiterunruhen die Rede gewesen sei, die durch massenhafte Entlassungen provoziert werden sollten.

Der Zeuge Höhn lebt in Bad Schönfließ. Er kennt den Major von Badide persönlich insofern, als er öfter gesehen habe, wie er die Front abnahm. Im Spätherbst 1925 habe ihm Leutnant a. D. Breuß erklärt, daß bald der Jungdeutsche Orden ihm sowie Major Badide unterstellt werden würde. Unjüngere Formation sollte in einem Lager bei Mühl-Bachwäldchen zusammengezogen werden.

Vorsitzender: Ist Ihnen bekannt, ob Major Badide Putschabsichten gehabt hätte?

Zeuge: Damals gingen allerlei Gerüchte um. In Restaurants wurde frei und offen erzählt, daß der Reichspräsident den Artikel 48 in Anwendung bringen würde. Die Kampagnen sollten die Reichswehr auf dem flachen Lande erobern, da diese gemäß in den Städten zu tun haben würde. Man sprach auch davon, daß im Anschluß an die Diktaturerklärung ein Bürgerkrieg eintreten würde. Auch wurde von der Propagierung eines kommunistischen Putsches durch Arbeiterentlassungen geredet. In einer Versammlung von Ordensmitgliedern erschien im Hotel Deutsches Haus eines Tages ein Rittmeister von Oppen und stellte sich als Offizier der Reichswehr vor, ohgleich er in Wirklichkeit keiner war.

Der Zeuge Bornemann sagt aus: Mir wurde bereits im Jahre 1924/25 und auch anfangs 1926 von verschiedenen Seiten die Mitteilung gemacht, daß Privatpersonen angeblich im Auftrage des Reichswehrministeriums an Ordensmitglieder mit verschiedenen Plänen herangetreten wären. Da Generalleutnant a. D. Salzenberg Zutritt zum Reichswehrministerium hatte, wurde er in jedem einzelnen Falle beauftragt, darüber Erkundigungen einzuziehen, ob diese Entwürfe tatsächlich vom Reichswehrministerium ausgingen. Auch v. Tressow kam eines Tages, anfangs 1926, und erklärte, daß man im Kreise Königsberg an ihn mit einem ähnlichen Anliegen herangetreten sei. Als Generalleutnant Salzenberg vom Reichswehrministerium den Befehl erhielt, daß die Aufforderung, an den illegalen Formationen teilzunehmen, nicht von ihm ausgehen, an den illegalen Formationen teilzunehmen, nicht von ihm ausgehen, rieten wir von Tressow ab. Diesem wurde jedoch wiederum glaubhaft gemacht, daß das Reichswehrministerium tatsächlich hinter den Plänen stehe; er war nicht abgeneigt, mitzumachen, und er wandte sich deshalb in derselben Angelegenheit nochmals an mich als Bundeskanzler. Aber auch diesmal rieten wir ihm ab. So unterließ er es.

Der Vorsitzende will wissen, ob dem Zeugen etwas über die Putschpläne der Grundbesitzer bekannt gewesen sei.

Zeuge: Ein Ordensbruder erzählte uns, daß für Formationen im Falle einer Diktatur geworden wurde. Wir hätten auch unseren Leuten die Beteiligung an den Formationen nicht zu verbieten brauchen, wenn die Bestrebungen lokal gewesen wären. Wir konnten uns des Eindrucks nicht erwehren, als ob die Herren aus der Königsberger Gegend

die ihnen legal von der Reichswehr zu bestimmten Zwecken verliehenen Rechte zu anderen Zwecken auszunutzen beabsichtigten.

Der Vorsitzende will nun wieder die Beweisaufnahme schließen. Zustuzrat Hahn besteht aber darauf, daß der Sachverständige v. Tressow über die Vertrauensstellung des Generalleutnants v. Salzenberg im Reichswehrministerium vernommen werde.

Seltige Auseinandersetzung.

Oberst v. Bredow erklärt, daß Generalleutnant v. Salzenberg sich vielleicht als Vertrauensperson betrachtet habe. Es mag sein, daß er aus der lebenswürdigen Aufnahme, die ihm gleich vielen anderen im Reichswehrministerium zuteil geworden sei, auf diese Vertrauensstellung geschlossen habe. „Ich habe hier dienlich zu erklären“, sagt der Zeuge mit einer gewissen Erregung, „daß von einer dergleichen Vertrauensstellung keine Rede sein kann.“

Generalleutnant a. D. Salzenberg springt auf: „Ich habe mich als Vertrauensmann betrachtet und hatte allen Grund dazu. Wir wurden Protokolle gezeigt, Schreibhilfen und Ermunterungen wiederholungslos, wurden mir zuteil. Ich bin bereit, drei Zeugen zu benennen, die unter Eid auszusagen würden, daß die Verabredung,

Nach Sibirien!

Trotki, Kadek, Sinowjew, Rakowski, Kamenev und noch 25 in entfernte Winkel zwangsverschickt!

Nach einer verspätet eingetroffenen Meldung des in Moskau freizügiger informierten Berichterstatters des „Berliner Tageblatts“ haben gegen dreißig Oppositionsführer den Befehl zur Abreise erhalten; zwar wird ihnen, nach den weiter praktizierten zarischen Vollstreckungsmethoden, die Angabe ihres Bestimmungsortes noch vorenthalten, aber es wird schon berichtet, daß z. B. N. K. Rakowski nach einem Dorf im Gouvernement Wjatka, 300 Kilometer von der nächsten Eisenbahnstation entfernt, verschickt werden soll. Ein Teil der als „Konterrevolutionäre“ zur Verschickung verurteilten radikalen Rep-Begner soll bereits unterwegs sein und die Verbannungsjahre von Archangelsk im hohen Norden Europas bis Mittelasien und Ostsibirien reichen. Vielleicht treffen die verschickten Oberhölzschewski von gestern nun als Sträflinge der „proletarischen Diktatur“ manchen ihrer alten Kampfgenossen für die Befreiung der Völker Rußlands vom Jarensoch, der als treuer Bekenner der Demokratie schon seit Jahren in Verbannung sitzt. . .

Aus der Liste der Verschickten führt die Meldung des „Berliner Tageblatts“ außer den bereits Genannten noch an: Serebriakow, der für die Aufknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten wichtige Dienste geleistet hat, Smirgog, der eine große Rolle beim Wiederaufbau der Sowjetindustrie spielte, den Revolutionskämpfer Gollnowski, dessen unerschrockene Kritik des Sowjetlebens viel Aufmerksamkeit auf sich zog, sowie andere Journalisten. Zu den Verurteilten gehört auch Belaborodow, früherer Innenminister und Exekutiv des Jaren.

Finnländer als Spione verurteilt.

Leipzig, 9. Januar.

Das Leningrader Kriegsgericht verurteilte Peter Pauku, der angeklagt war, im Auftrage des finnländischen Geheimdienstes Spionage getrieben zu haben, zum Tode. Es erkannte ferner auf Beschlagnahme seines gesamten Eigentums und beschloß, den Zentralvollzugsausschuß zu ersuchen, die Oktoberamnestie auf Pauku nicht anzuwenden. Die gegen die Mitangeklagten Stefan Pauku und Michael Wiski ausgesprochene Todesstrafe wird durch Amnestie in zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Die übrigen acht Angeklagten wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt. Das Gericht stellte fest, daß Pauku, der schon einmal in der Sowjetunion wegen Spionage zum Tode verurteilt worden war, nach seiner durch Gefangenaustausch erfolgten Rückkehr nach Finnland abermals einwillig, im Auftrage des finnländischen Geheimdienstes seine Spionagetätigkeit in der Sowjetunion fortzusetzen, und daß er Spionageinformationen durch seinen Bruder Stefan und durch Michael Wiski einzog.

Die Deutschnationalen für Luther.

Man hat sich verstanden.

Herr Dr. Luther hat das Programm seines „Bundes für die Erneuerung Deutschlands“ abhichtlich verschwiegen gehalten. „Ich bin entschlossen, die Arbeit des Bundes nicht von vornherein dadurch zu gefährden, daß ich mich zu konkret ausdrücke“ — so sprach er am Sonnabend zur Presse. Es soll also jemand getäuscht werden.

Die Deutschnationalen haben trotz der absichtlichen Verschwiegenheit Herrn Luther gut verstanden. Ihre Pressestelle verbreitet folgende Mitteilung:

„Die Deutschnationale Volkspartei begrüßt den Aufruf des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ als einen weiteren Beitrag zur Lösung dieser drängendsten aller nationalen Fragen auf das wirksamste. Der Aufruf hält sich frei von der Behauptung unzulässiger Zwänge und betont in gleicher Weise wie die deutschnationale Dezemberentscheidung die Rücksichtnahme auf die bodenständige Eigenart der deutschen Völker. Das Kernstück der Ausführungen Dr. Luthers zu dem Bundesprogramm bildet die Beseitigung des unorganischen Nebeneinanders der Zentralgewalten des Reiches und Preußens. Allerdings wird nicht gesagt, wie man sich diese Beseitigung denkt. Als Ausweg aus diesem Dualismus hat die Deutschnationale Volkspartei die Personalunion zwischen Reichspräsidenten und preussischen Staatspräsidenten sowie die Umwandlung des preussischen Ministerpräsidenten und des Reichskanzlers vorgeschlagen. Die dem neuen Bunde beigetretenen Männer werden sich klar darüber sein, daß die Werkkraft und die Ausföhrten der so erstrebten Erneuerung des Reiches sich erst zeigen können, wenn dieser sehr weitgesteckte Rahmen mit praktischen Vorschlägen ausgefüllt sein wird. Wir hoffen, daß sich dann die treibenden Kräfte des neuen Bundes in der gleichen Einmütigkeit wie heute für ihre Vorschläge im Sinne der nationalen Einigung einsetzen werden. Die Deutschnationale Partei wird inzwischen bei der bevorstehenden Konferenz der Ministerpräsidenten allen Vorschlägen ihre Unterstützung leisten, die als Wegbereiter für das große Programm des „Dritten Reiches“, dieses im besten Sinne zeitgemäßen und nationalen Gedankens, gelten dürfen.“

Also das berühmte „dritte Reich“ der Gegner der Republik! In der Wahl dieses Ausdrucks liegt mehr als eine bloße Zufälligkeit. Nimmt man hinzu, daß die Bürgerblockregierung seit mehreren Wochen laufend über die Vorarbeiten zur Gründung dieses Bundes unterrichtet worden ist, wie die „D. N. Z.“ mitteilt, so hat man beisammen, was Herr Luther „nicht zu konkret“ ausdrücken wollte. Es wird niemand von Herrn Luther annehmen, daß er die Deutschnationalen täuschen will!

Keudells Springprozeß.

Von deutschnationaler Seite wurde vor einigen Tagen offiziell gemeldet, Reichsinnenminister Keudell werde dem „kleinen Ausschuss“, wenn er zusammenreife, „neue Formulierungen“ zum Reichsschulgesetz vorlegen und der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien werde dann rasch zum Ziele kommen.

Herr v. Keudell hatte nun gestern diese „private Be-

sprechung mit einigen Abgeordneten“, und heute wird der interfraktionelle Ausschuss zusammentreten. Wird zusammentreten und . . . Herr v. Keudell läßt offiziell verbreiten:

„Ueber das Schicksal des Reichsschulgesetzes hatte Reichsinnenminister v. Keudell am Montag im Reichstag eine private Besprechung mit einigen Abgeordneten. Die Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses über diese Frage beginnen am Dienstag nachmittag und werden in den folgenden Tagen fertig vorliegen. In den Kreisen der Regierungsparteien beurteilt man, wie das Nachrichtenbureau des ADZ hört, die Aussichten für eine Einigung über die Streitfragen des Schulgesetzes diesmal optimistischer und erwartet, daß diese Einigung in wenigen Tagen fertig vorliegen wird. Die Annahme, daß bereits formulierte Regierungsvorschläge vorhanden seien, die morgen dem interfraktionellen Ausschuss unterbreitet werden würden, ist allerdings nach unseren Informationen nicht richtig. Diese Formulierung soll erst im interfraktionellen Ausschuss gesucht werden.“

Armer Keudell! Wenn er einmal vorstößt, erregt er Anstoß; wenn er einen Schritt vorwärts wagt, muß er zwei Schritte zurücktreten. Er ist nicht umsonst einem Zentrumskanzler unterstellt.

Stahlhelm-Putschismus.

Mit Kreuz und Schwert für Großherzöge und Prinzen.

Der Stahlhelm hat in Kiel eine sogenannte Führertagung abgehalten. Der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberstleutnant Düsterberg, sprach über die Ziele des Stahlhelms:

„Außerhalb des Parlaments wollen wir eine disziplinierte nationale Masse bilden, die im entscheidenden Moment auftreten und müden kann. Der „Stahlhelm“ ist auf Gehet und Vordere mit der Volkswirtschaft verbunden. Durch Sammlung nationalen Kapitals will der „Stahlhelm“ seine politische Selbständigkeit erhalten. Der „Stahlhelm“ lehnt es ab, einen Kampf gegen die nationalen Parteien zu führen, weil er weiß, daß seine Mitglieder in jeder von ihnen vertreten sind. Ebenso lehnt er die Parole der Wahlenhaltung ab, weil dadurch nur der Sieg der einen noch erleichtert werden würde. Deutschnationale, marxistische und sozialistische Politiker sind die gefährlichsten Feinde des Stahlhelms. Der „Stahlhelm“ hat die Aufgabe, die nationalen und völkischen Parteien anzuhalten, sich nicht so zu zerstreuen, wie das in den letzten Jahren geschehen ist. Eine Besserung unseres Systems wird auf parlamentarischem Wege niemals erreicht werden. Wir machen uns schlagfertig und marschbereit. Wir glauben an die Jugend unseres Volkes. Weil unser Volk seelisch ringt, kämpfen wir für unser Volk. In diesem Kampf liegt der stärkste Glaube. Wir kämpfen bewußt mit Kreuz und Schwert.“

Dieser Rede wohnten der ehemalige Großherzog von Oldenburg und der Prinz Heinrich von Preußen bei. Im Bunde mit ihnen will Düsterberg „mit Kreuz und Schwert“ kämpfen. Für wen? Für sie. Gegen wen? Gegen die Republik und ihre Verfassung.

die Beziehungen zum Reichswehrministerium aufrechtzuerhalten, noch heute besteht.

Zustuzrat Hahn (mit lauter Stimme): „Eine derartige Verabredung besteht nicht.“

Oberst v. Bredow (fast leidenschaftlich): „Ich muß es mit aller Entschiedenheit ablehnen, daß zwischen politischen Vereinen und Reichswehrministerium sich ein Vertrauensverhältnis ergibt habe. Jedenfalls habe Badide das nicht wissen können.“

Rechtsanwalt Dr. Kunz: Badide hat ja für den Reichswehrminister im Kreise Königsberg gearbeitet. Mit ihm stand also das Reichswehrministerium in Verbindung, obgleich er und seine Großgrundbesitzervereinigung zu den Rechtsradikalen gehörte.

Major Badide: Es gibt keine Großgrundbesitzervereinigung. Ich bin nur Vorsitzender der Großgrundbesitzerversammlung, die sich von Fall zu Fall zur Erörterung von wirtschaftlichen Fragen versammelt.

Rechtsanwalt Dr. Kunz: Und auch zur Erörterung politischer Fragen.

Badide: Solch eine Freiheit, unerschäm! Oberst v. Bredow: Dr. Kunz befindet sich in einem Irrtum. Die Versammlung der Großgrundbesitzer dient tatsächlich nur wirtschaftlichen Fragen. Major Badide hatte überdies einen Ausweis vom Oberpräsidenten Meier.

Rechtsanwalt Dr. Kunz: Und Ihre Großgrundbesitzer, haben die auch solche Ausweise?

Oberst v. Bredow: Ich möchte noch gern bezüglich des Waffenlagers bei Herrn v. Badide ausfragen.

Der Vorsitzende hält es für überflüssig. Der Sachverständige Oberst v. Bredow gibt aber nicht nach und erklärt, daß es sich um eine staatliche legale Einrichtung gehandelt habe.

Vorsitzender: Es sind also staatliche Waffen?

Oberst v. Bredow: Selbstverständlich.

Die Beweisaufnahme ist nun beendet. Unter dem Gelächter der Presse und des Publikums erklärt der Vorsitzende, daß die Öffentlichkeit für die Bildhauer wieder ausgeschlossen werde.

Die Urteilsverkündung findet heute mittag um 3 1/2 Uhr statt.

Es war kein Juli-Aufstand!

Brandmarkung Geipel-Schobers durch die Geschworenen.

Wien, 9. Januar. (Eigenbericht.)

Vor den Geschworenen hatte sich der kommunistische Parteisekretär Koplentz wegen Verbrechen des Aufstandes zu verantworten. Der Angeklagte hat am 15. Juli eine Flugchrift verbreitet und die Arbeiter aufgefordert, sich zu bewaffnen und Selbstschutzorganisationen zu gründen, um die Sowjetrepublik durchzusetzen. Außerdem hat er auf dem Friedhof bei der Beerdigung der ersten 57 Opfer eine Rede gehalten, in welcher die Staatsanwaltschaft ebenfalls eine Aufforderung zum Aufstand erblühte. Der Angeklagte erklärte, er habe Selbstschutzorganisationen nur in defensivem Sinne zur Abwehr der Polizei im Auge gehabt.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten frei, indem sie die Vorfrage des Bestehens eines Aufstandes mit acht Stimmen verneinten. Die Obenfrage, ob er nicht zu ungeschicklichen Handlungen aufgefordert und dadurch das Vergehen der Aufwiegelung begangen habe, wurde mit neun Stimmen verneint.

Wahrheit und Dichtung.

Deutsche Silvesternacht und deutsche Empfindsamkeit.

Die Aufregung über den Berliner Silvesterbericht des „Journal“-Korrespondenten Georges Blum ist auf eine Wiedergabe zurückzuführen, die zunächst in der „Bösischen Zeitung“ erfolgte. Sodann versuchte die nationalistische Presse mit dieser bedauerlichen Angelegenheit parteipolitische Geschäfte zu machen. Wegen dieser maßlose Aufschaukung zum Zwecke der Völkerverhetzung haben wir in unserer Sonntagsausgabe Stellung genommen, wobei wir natürlich von dem Telegramm Blums energisch abtrüben. Wir gingen dabei von der Voraussetzung aus, daß das Telegramm Blums von der „Bösischen Zeitung“ richtig wiedergegeben worden sei.

Zu unserer peinlichen Ueberraschung mußten wir jedoch aus der inzwischen in unsere Hände gelangten Originalnummer des „Journal“ vom 2. Januar feststellen, daß die „Bösische Zeitung“ durch ihre Wiedergabe einer Irreführung aufgefassen ist, und zwar gerade in jenem Punkte, der die meiste Aufregung erzeugt hat, weil er angeblich die „Ehre der deutschen Frau“ berührt.

Nach dem Bericht der „Bösischen Zeitung“ sollte Blum geschrieben haben:

„Die Frauen, trotz der Kälte leicht gekleidet, brüllten Lötchen laut heraus und machten den Männern die freimütigsten Angebote.“

In Wirklichkeit war im „Journal“ an dieser Stelle folgendes zu lesen:

„Die trotz der recht grimmen Kälte kurz und leicht gekleideten Frauen lachten zu den etwas plumpen Anzügen der Männer und zu den bewußt dreisten Wigen der Deutschen in jener Nacht, die den Anbruch des neuen Jahres bedeutet, eine weitgehende Toleranz üblich ist, konnte man häufig Leute antreffen, die sich zwar nie im Leben geliebt hatten, aber sich und nach töteten, ohne daß irgendjemand daran Anstoß nahm.“

Der Satz, der in der „Bösischen Zeitung“ nicht wiedergegeben wurde, gibt nur eine Beobachtung wieder, deren Richtigkeit unbestreitbar ist. Nur bewußte Brüderie wird dies zu leugnen wagen.

Und was den ersten Satz betrifft, so ist er sicherlich sehr verallgemeinert, doch stellt sein Inhalt keineswegs die Wahrheit auf den Kopf. Vor allem aber befaßt er etwas ganz anderes, als aus der Uebersetzung der „Bösischen Zeitung“ zu entnehmen war: Davon, daß „die Frauen Lötchen laut herausbrüllten“, steht im Telegramm Blums kein Wort, und der Nachsatz, daß sie „den Männern die freimütigsten Angebote machten“, ist eine glatte Erfindung.

Das ändert freilich nichts an der anderen Tatsache, daß der Bericht Blums maßlose Ueberschreibungen über die Reigen der geleerten Weinflaschen, der verzehrten Karpfen, Plumpsuchen usw., über die Zahl der Verhaftungen und über das Gefährlichwerden der Berliner Straßen am Silvesterabend enthält. Zum Teil hatten allerdings gewisse Sensationsblätter, die sich nachträglich über Blum am lautesten entrüsteten, ihm das phonetische Zahlenmaterial im voraus selbst geliefert. Blums Telegramm war, alles in allem, eine typische Leistung jenes Sensationsjournalismus, der die niedrigen Instinkte des eigenen Lesepublikums zu befriedigen sucht, auch wenn dadurch ein ganz falsches Bild von dem Wesen eines anderen Volkes entsteht.

Auch Neuwahlen in Sachsen?

Kein Antrag beim Staatsgerichtshof, aber politischer Kampf für Neuwahlen.

Dresden, 9. Januar. (Eigenbericht.)

Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens und die sozialdemokratische Landtagsfraktion nahmen am 9. Januar Stellung zur politischen Lage in Sachsen und beschäftigten sich dabei unter anderem mit der Frage, ob es möglich sei, auf Grund des durch die Presse bekanntgewordenen Urteils des Staatsgerichtshofes über die Wahlbeschränkung in Hessen, Mecklenburg-Strelitz auch die sächsischen Wahlen anzufechten. Von einem Antrag der Partei an den Staatsgerichtshof wurde aus politischen und juristischen Gründen Abstand genommen, nicht zuletzt auch deshalb, weil ein Beschluß des Reichstages angefordert ist, der eine neue und gegen das Staatsgerichtsurteil gerichtete Interpretation der Verfassung bringen wird, wodurch eine neue Rechtslage geschaffen wäre. Landesinstanzen und Fraktion sind jedoch einmütig der Auffassung, daß noch wie vor die Auflösung des Sächsischen Landtages mit allen politischen Mitteln angestrebt werden soll.

Rhoebus.

Vom Reichswehrministerium an die Gemella verlaßt.

Unfall wird gemeldet:

Das Reichswehrministerium hat sich der „Gemella-Gruppe“ gegenüber grundsätzlich zur Annahme eines Angebotes betreffend den Erwerb der Rhoebus unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß die Erhaltung des deutschen Charakters des Unternehmens auch für die Zukunft sichergestellt wird.

Schaufenster-Deforation.

Zum Bürgerblock



„Die Mittelfigur paßt nicht zu unseren übrigen Auslagen. Wir wollen sie hinauschieben.“

Deutsch-polnische Annäherung.

Der polnische Außenminister ist optimistisch.

Warschau, 9. Januar. (Eigenbericht.)

Der polnische Außenminister Jazewski hielt heute abend eine politische Rede, in der er die Beziehungen Polens zu seinen Nachbarstaaten ausführlich besprach. Der Minister würdigte die Entwicklung der Verhältnisse Polens zu Litauen und zu Rußland im ganzen recht optimistisch und will sich auch durch gewisse Kraftäußerungen des litauischen Ministerpräsidenten Woldeparas und durch Bedenken der Sowjetregierung gegen einen Nichtangriffspakt in seinen Hoffnungen nicht stören lassen.

Mit Deutschland habe, so führte er aus, die gemeinsame Arbeit im Völkerbund eine deutliche Annäherung ergeben. Die Haltung der deutschen Vertreter in Genf zu der letzten polnischen Nichtangriffserklärung und zum polnisch-litauischen Konflikt sei nur zu begrüßen gewesen. Außerdem stimme ein gewisser Umschwung in der deutschen öffentlichen Meinung hoffnungsvoll. Die Theorie vom „Saisonkaat Polen“ würde heute von ernsthaften deutschen Politikern nicht mehr vertreten und auch an den vermeintlichen Nutzen des Zollkrieges glaubten nur noch keine Kreise im Deutschen Reich. Die Schwierigkeiten für den Abschluß des Handelsvertrages seien zwar noch nicht überwunden, aber die Haltung der breiteren deutschen Volksmassen werde sich für die Wirtschaftsförderung und den friedlichen Ausgleich fördern.

Wahlauflauf in Polen.

Die ersten Listen eingereicht.

Warschau, 8. Januar.

Obgleich der Termin zur Einreichung der Kandidatenlisten für Sejm und Senat erst am 24. Januar abläuft, sind bereits 5 Listen eingereicht: Unparteilicher Block der Mitarbeit an der Regierung;

Polnische Sozialistische Partei; Wyzwolenie; Allpolnisch-Jüdischer Arbeiterverband; Jüdisches Wahlkomitee.

Mandatverkäufe in Dosen?

Dosen, 9. Januar.

Ein hiesiges Blatt meldet, daß sich eine Organisation an den „Kurjer Poglanski“ gewandt hätte, um sich über die Möglichkeit der Aufstellung eines Kandidaten auf der Liste der Christlichen Demokraten zu orientieren. Die Bewunderung der Antragenden wäre groß gewesen, als sie erfuhren, daß lediglich eine Bedingung bestünde und zwar die Zahlung von 20 000 Zloty pro Mandat. Der „Kurjer Poglanski“ behauptet, daß sich erstens diese Unternehmung nicht in seiner Redaktion abgespielt habe und die Zahlung von 20 000 Zloty keineswegs als die einzige Bedingung genannt worden sei.

Bürgerblock in Lettland.

Mit Einschluß bürgerlicher Deutscher und Polen.

Riga, 9. Januar.

Die Verhandlungen zur Bildung des Kabinetts sind zum Abschluß gelangt. Das Kabinett wird sich auf 48 Abgeordnete der Rechtsparteien, drei des demokratischen Zentrums, zwei Polen und einen Kolonisten stützen. Ministerpräsident ist Jurschewitsch (dem. Zentr.), Außenminister Sarinich (parteilos), aber der Landwirtschaftspartei nahestehend), Innenminister Seimins (Landwirtschaftl. Bgg.), Finanzminister Bokalbers (dem. Zentrum), Verkehrsminister Hahnas (Deutsche Partei).

Der Landrat bei der Monarchistenfeier.

Vom Innenminister zur Ordnung gerufen.

Der preußische Landrat Dr. Loos in Herlorn hatte am 2. und 3. Juli 1927 an dem Herlorn Bürgererschützenfest teilgenommen, obwohl in dem § 1 der Satzungen dieser Verein als seine Aufgabe es bezeichnet, die „Liebe für König und Vaterland“ nach heute stets rege zu erhalten. Das Fest stand völlig im Zeichen von Schwarzweißrot, was den Landrat jedoch nicht hinderte, im Ehrenwagen fahrend den Festzug mitzumachen und an den Hofeierlichkeiten an beiden Tagen teilzunehmen.

Auf Beschwerde hin hat sich dann der Landrat gegenüber dem Regierungspräsidenten in Arnberg damit herauszureden versucht, daß er an dem Feste nicht in seiner Eigenschaft als Landrat, sondern lediglich als Privatmann, als Bürger der Stadt Herlorn und als Mitglied des Schützenvereins teilgenommen habe.

Die Republikanische Beschwerdestelle Berlin trug darauf den Fall dem preußischen Minister des Innern vor, der unter dem 3. Januar 1928 wie folgt entschieden hat:

„Die Teilnahme des Landrats Dr. Loos in Herlorn an dem Schützenfest des Herlorn Bürgererschützenvereins habe ich nachgeprüft. Ich kann dieselbe nicht billigen und habe daher dem Landrat das Erforderliche eröffnet.“

Die Monarchisten in republikanischem Dienst müssen wissen, daß sie keinen Freibrief zur Beschimpfung der Republik haben!

Preußens Landwirtschaft.

Beginn der Etatdebatten im Hauptausschuß des Landtages.

Am Montag begannen die Etatverhandlungen im Hauptausschuß des Landtags. Zum Haushalt der Landwirtschaftlichen Verwaltung erklärte der Berichterstatter Abg. Hoelsch (Dnat.) u. a., daß man den Ergebnissen der Siedlungsstätigkeit in Schlesien skeptisch gegenüberstehen müsse, da die erhöhten Erträge der besiedelten Flächen gegenüber den gleichen Flächen im früheren Großgrundbesitz nicht in allen Gegenden Preußens erzielt werden könnten. Die bisherige Handelsvertragspolitik müssen wir als verderblich bezeichnen. (Zwischenruf: Ihre Freunde im Reichel)

Als erster Redner der sozialdemokratischen Fraktion sprach Abg. Peters-Hochdorn. Die bisherige vom Reich durchgeführte Schutzpolitik ist auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand. Der Schutz des einen Standes, der Großgrundbesitzer und ihrer Interessen bedeutet mehr und mehr den Untergang der breiten Masse. Die Mängel der Landwirtschaft sind in ganz anderen Ursachen begründet, als wie sie der Berichterstatter darstellt hat. Gerade die landwirtschaftliche Produkte ausführenden Länder bekennen sich zum Freihandel. Auch unsere Bauernschaft, besonders

in Schleswig-Holstein, tritt für rückhaltlosen Abbau der Futtermittelselbstliefe ein. 15 000 polnische Schweine machen prozentual nicht die große Summe aus, die der Berichterstatter angeführt hat. Wir Sozialisten erstreben eine Bedarfswirtschaft. In den nächsten Jahren muß auch eine noch viel stärkere und intensivere Siedlungspolitik getrieben werden. Die Ueberflüsse der selbstbesitzenden Domänen in Ostpreußen bewiesen, daß auch der landwirtschaftliche Großgrundbesitz bedeutend bessere Ergebnisse erzielen könnte. Es wird aber bis in großherrschaftliche Kreise hinein ein verschwenderischer Luxus mit Reispferden, bei Reit- und Fahrturnieren usw. getrieben. Dieser Luxus verdrängt erhebliche Summen der Einnahmen. Die Preußenkasse hat den Großgrundbesitz so stark mit Krediten bedacht, daß die sozialdemokratische Fraktion damit nicht einverstanden ist. Die Handelsverträge, die hier im Landtag von den Rechtsparteien bekämpft werden, sind von deutschnationaler und Deutscher Volkspartei im Reich mit beschlossen worden.

Weiterberatung: Dienstag 10 Uhr.

Faschisten untereinander.

Prügelien und Dinauswürfe.

Prag, 9. Januar. (Eigenbericht.)

Auf einem Kongreß tschechischer Faschisten in Böhmisches-Trübau kamen die scharfen Differenzen innerhalb dieser Partei handgreiflich zum Ausdruck. Eine Gruppe mährischer Faschisten, Gegner der offiziellen Führung unter dem General Gaida, war zuerst erschienen und hatte das Versammlungslokal besetzt. Als nun gegen Mittag Gaida mit etwa 40 Anhängern eintraf, wurde er nicht eingelassen; da er mit seinen Anhängern gewaltsam in das Kongreßlokal einzudringen versuchte, gerieten die beiden Gruppen ins Handgemenge, wobei Gaida von seinen Widersachern verprügelt wurde. Erst nach einer längeren Kauererei wurden beide Gruppen aus dem Versammlungslokal hinausgedrängt und setzten dann getrennt in zwei Gasthäusern ihren Kongreß fort.

Flucht aus Südchina.

Nach Britisch-Hongkong.

Hongkong, 9. Januar.

Vom Februar bis Anfang Dezember 1927 sind nach der amtlichen Statistik 70 000 Flüchtlinge in Hongkong eingetroffen. Seit der kommunistischen Revolution in Kanton am 11. Dezember erhöhte sich die Zahl der chinesischen Einwanderer um 30 000. Während der letzten zehn Monate des vorigen Jahres hat sich also die Bevölkerung Hongkongs um 80 000 vermehrt, da 20 000 Flüchtlinge nach Kanton zurückkehrten.

Die Explosionskatastrophe in Dahlem.

Der Staatsanwalt greift ein. — Bereits 1920 geheimmisvolle „Leefabrikation“.

Im Laufe des gestrigen Tages hat man, nachdem die Aufklärungsarbeiten an der Stätte der neuesten furchtbaren Explosionskatastrophe in der Parkstraße 40/42 zu Dahlem beendet worden waren, sämtliche Material, das irgendwie über die Ursache der furchtbaren Explosionskatastrophe Aufschluß geben kann, polizeilich sichergestellt und noch sofort der Chemisch-technischen Reichsanstalt in Berlin-Platzensee überwiesen, deren Direktor Professor Dr. Cenzje bereits am Unglückstage neben anderen Sachverständigen die Explosionsstätte besichtigt hat. Die Chemisch-technische Reichsanstalt, der auch von der Staatsanwaltschaft bei dem Unglück in der Landsberger Allee der Auftrag gegeben worden ist, durch chemische und technische Untersuchungen die Ursache des Unglücks gütlich festzustellen, wird an Hand der gefundenen Chemikalien und Sprengkapseln feststellen, worauf die Katastrophe letzten Endes zurückzuführen ist. Die zuständige Staatsanwaltschaft III hat auf Grund der ganzen Sachlage mittlerweile eingegriffen, und zwar erließen gestern Staatsanwaltschaftsrat Dr. Bückle am Schauptag der Katastrophe, um hier die ersten Feststellungen zu treffen. Am heutigen Dienstag wird eine Kommission der Staatsanwaltschaft in Begleitung von Sachverständigen die Unglücksstelle besichtigen. Es kann jetzt schon als feststehende Tatsache bezeichnet werden, daß nach den Umständen, unter denen diese Katastrophe erfolgt ist, ein Ermittlungsverfahren gegen Generalkonsul Weingärtner wegen fahrlässiger Tötung, Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz ufm. eingeleitet werden wird, und zwar auf Grund der von der Kriminalpolizei angestellten Ermittlungen und des bevorstehenden Gutachtens der Chemisch-technischen Reichsanstalt, das, wie immer es auch lauten wird, das Vorhandensein gefährlicher Sprengstoffe befestigen wird. Die Untersuchung der Chemisch-technischen Reichsanstalt wird sich auch darauf erstrecken, ob nicht schon allein die Unterbringung der gefährlichen Sprengstoffe und Chemikalien in einem Laboratorium, das der Polizei nicht gemeldet war, und kaum den notwendigen Anforderungen bezüglich der Sicherheit entsprochen hat, eine große Gefahr für die umliegenden Willensgrundstücke gewesen ist.

Im Laufe des gestrigen Montags konnten die von den Kriminalräten Gennot und Otto geleiteten polizeilichen Ermittlungen im wesentlichen zum Abschluß gebracht werden. Alles Weitere wird nunmehr von dem in Kürze zu erwartenden Gutachten der Chemisch-technischen Reichsanstalt abhängen, wo zurzeit die aus den Behältern und Flaschen des Weingärtnerischen Laboratoriums entnommenen Proben eingehend untersucht werden.

Trinitrotoluol — ein Kriegssprengmittel.

Die Vermutung, daß in dem Laboratorium mit Trinitrotoluol gearbeitet worden ist, wird von sachverständiger Seite als durchaus nicht unwahrscheinlich bezeichnet. Es ist dies ein sehr gefährlicher Sprengstoff, eine Salpeterverbindung, der bereits im Kriege verwendet wurde, und der letzten Endes in jeder Granate und in der Mine zu finden war, der aber auch in der chemisch-technischen Industrie als Ausgangsmaterial für bestimmte Arzneistoffe benutzt wird. Trinitrotoluol ist gegen Schlag und Stoß sehr empfindlich, wobei natürlich alles darauf ankommt, welche Reagenzien einer solchen Wirkung ausgesetzt werden. In ganz geringen Mengen, wie sie etwa in den Knallkapseln vorhanden waren, ist eine Explosion dieses Sprengstoffes naturgemäß ungefährlich. Eine verheerende Wirkung tritt aber bereits ein, wenn Mengen von 1/2 bis 1 Kilogramm detonieren oder wenn andere Stoffe hinzukommen. Alle Betriebe, die mit diesen oder ähnlichen Sprengstoffen arbeiten, unterliegen der Kontrolle des Gewerbeaufsichtsamtes, das sich durch

händige Kontrollen von der Einhaltung der sehr scharfen Vorschriften überzeugt und beispielsweise darauf achtet, daß die Lagerräume von den Laboratorien völlig getrennt sind. In bewohnten Gegenden werden derartige Unternehmen niemals zugelassen; selbst für wissenschaftliche Versuchslaboratorien, in denen mit Sprengstoffen experimentiert wird, wird in Wohnbezirken keine Genehmigung erteilt.

Gutes Befinden der Verletzten.

Das furchtbare Unglück hat zum Glück keine weiteren Todesopfer gefordert.

Von den in das Lichterfelder Krankenhaus eingelieferten Verletzten konnten der 65jährige Vorkler Max Deter, der 29jährige Hausdiener Walter Meinel und die 21jährige Hausangestellte Anna Bagenda im Laufe des gestrigen Tages entlassen werden.

Die 62jährige Frau Emilie Deter und deren 22jährige Tochter Anni, die bei dem Einsturzunfall Knochenbrüche und leichtere innere Verletzungen erlitten, liegen noch im Lichterfelder Krankenhaus daneben, doch besteht nach Ansicht der Ärzte für die Frauen keine Lebensgefahr.

Auch der 26jährige Köchin Frida Muehler, die durch das Städtische Rettungssamt in das Wilmersdorfer Krankenhaus in der Nebenbachstraße gebracht wurde, geht es verhältnismäßig gut. Auch für sie besteht keinerlei Gefahr mehr.

Die polizeilichen Ermittlungen.

Die Kriminalinspektion Stegling hat sich gestern mit dem neuen Explosionsunfall bis in die Nacht beschäftigt, um so weit als möglich die Ursachen zu erforschen. Nach Aufnahme des Befundes hat sie auch bereits eine Reihe von Zeugen vernommen, die Hausbewohner, andere Leute und einige Berlegte im Krankenhaus. Wie festgestellt wurde, sind beide Inhaber der Firma Weingärtner u. Co., die vor einiger Zeit handelsgerichtlich gelöst wurde und jetzt „Dr. Jörns G. m. b. H.“ lautet, keine Fachmänner. Weder Weingärtner noch Stammer sind Chemiker. Weingärtner war, wie er sagt, nur seit vielen Jahren in der chemischen Industrie kaufmännisch tätig. So kam er während des Krieges dazu, sich mit pyrotechnischen Dingen zu beschäftigen und in Veltro eine Fabrik zur Herstellung von Flugzeugsignalen zu errichten. Sein Schwager Stammer war früher Antiquitätenhändler. Nach der Rückkehr aus dem Felde war er kurze Zeit nach in der Veltroer Fabrik mit tätig, weil das Antiquitätengeschäft nicht mehr ging. Aber auch die Herstellung von Flugzeugsignalen hörte mit dem Ende des Krieges auf. Die Fabrik wurde verkauft.

Neu Weingärtner erwarb nun in Dahlem die Villa in der Parkstraße 40/42. Beide Familien zogen dorthin und führten gemeinsamen Haushalt. Weingärtner und Stammer wandten sich nun der Herstellung Regenerations- und Verschönerungsmitteln zu, einem Gebiet, das heute blüht. Stammer, ein verlässlicher Mann, neigte aber mehr der Pyrotechnik zu und beschäftigte sich damit in einem besonderen Raum der Villa, in der nach dem Erwerb von Professor Dr. Wande einige Umbauten vorgenommen worden waren. Zwei Kellerräume dienten als Laboratorien, zwei andere als Vorratskammern für Kräuter, Spirituosen und andere Sachen. Die Propaganda für die pyrotechnischen Artikel betrieb Stammer selbst auch kaufmännisch. So erhielt er u. a. einen Auftrag der Eisenbahndirektion Ludwigshafen auf Eisenbahnknallsignale, zu deren Herstellung Explosionsstoffe wie Chloräure, Schwefel usw. verwendet werden. Weingärtner hat, wie er behauptet, mit seinem Schwager wegen der Fabrikation von Explosionskörpern wiederholt Auseinandersetzungen gehabt, ohne damit etwas zu erreichen. Das hat Stammer vielleicht mit veranlaßt, am Sonntag frühzeitig wieder allein zu arbeiten, wahrscheinlich Knallkapseln, die aus einer Blechdose mit

Kammer bestehen, mit den gefährlichen Sprengstoffen zu füllen. Als Fräulein begann er damit schon sehr zeitig. Bei der Mischung der Stoffe zur Füllung der Kapseln muß das Unglück entstanden sein. Es ist festgestellt, daß diese Arbeiten mit Sprengmitteln als Gewerbebetrieb nicht angemeldet waren. Es sind früher schon kleinere Explosionen vorgekommen, die keine ernstlichen Folgen hatten. So war ein früherer Pfortner, der in den Laboratorien mitarbeitete, einmal Wunde in den brennenden Ofen. Die Folge war, daß der Ofendeckel ihm gegen die Brust flog, ohne ihn erheblich zu verletzen, und daß die Scheiben eingedrückt wurden. Das geschah in dem Raume des Stammer. Den Pfortner veranlaßte dieser Vorfall, seine Stellung aufzugeben, weil ihm die Arbeiten zu gefährlich erschienen.

Die von Kriminalrat Otto und Kriminalkommissar Dr. Läßelmann geleiteten Ermittlungen werden heute noch fortgesetzt. So werden auch die Verlegten im Krankenhaus, deren Befinden als gut bezeichnet wird, noch eingehender verhört werden, weil sie gestern noch zu benennen waren. Alles, was in den Räumen vorhanden ist, Stoffe in flüssiger und Pulverform, auch die beiden Fliegerbomben, wird von Professor Dr. Cenzje und anderen Sachverständigen untersucht werden. Von allen Beständen sind Proben entnommen worden. Zu den Fliegerbomben, die ohne Zünder und deshalb noch ungefährlich waren, sagt Weingärtner, es seien Patentmuster. Die Art ihrer enghäligen Herstellung sei noch nicht abgeschossen. Das Gerücht, daß Flaschen und Kisten beiseitegeschafft worden seien, um ihrem Inhalt der Untersuchung zu entziehen, trifft nicht zu.

Vorsichtige Aussage der Willensbewohner.

Bei den polizeilichen Verhören sowohl des Generalkonsuls Weingärtner wie der Familienangehörigen und Hausangehörigen der Unglücksvilla war es immerhin charakteristisch, daß alle Beteiligten in ihren Aussagen äußerst vorsichtig und zurückhaltend waren. Weingärtner blieb immer wieder dabei, daß die Experimente pyrotechnischer Art das Spezialgebiet seines geisteten Schwagers Stammer waren, und daß ihm Einzelheiten hierüber nicht bekannt seien. Er selbst habe sich in der Hauptsache nur um die Herstellung rein pharmazeutischer Waren gekümmert. Ähnliche Äußerungen gaben die beiden Frauen Weingärtner und Stammer, sowie die Hausangestellten. Diesen Behauptungen stehen aber die unumstößlichen Tatsachen entgegen, daß in dem Kellerlaboratorium Knallkapseln mit dem Aufdruck „Weingärtner u. Co.“ sowie fertige Mischungen zum Füllen der kleinen Blechbehälter dieser Kapseln aufgefunden wurden, so daß es unmöglich erscheint, daß der Generalkonsul selbst von der Fabrikation dieses pyrotechnischen Materials keine Ahnung gehabt haben soll. Im übrigen stellt sich jetzt heraus, daß die eigentliche Fabrik dieser Firma in der Umgebung Berlins schon im Jahre 1921 verkauft worden ist, und daß die Firma „Chemische Werke Weingärtner u. Co.“ vor einiger Zeit aus dem Handelsregister gelöscht wurde.

Der Bureaubetrieb dieses Unternehmens, für das die Bezeichnung „Chemische Werke“ etwas hochtrabend erscheint, befand sich übrigens am Halleschen Tor, und zwar im Hause Blücherplatz 3. In diesem Hause sind übrigens auch zwei Unternehmen untergebracht, an denen Weingärtner und Stammer beteiligt waren, und zwar das Heilmittelinstitut „Natura“ und der Betrieb pharmazeutischer Präparate Dr. Jörns u. Co.“ Weingärtner und Stammer sollen je einen Anteil dieser G. m. b. H. erworben haben. Nach allem dem hat es den Anschein, als ob die beiden Kaufleute, die nach ihrer Herkunft — der eine war angeblich Schiffsober, der andere Bäcker — alles andere als gelehrte Chemiker sind, und die ihr Vermögen während der Kriegsjahre durch Heereslieferungen erworben haben, in den letzten Jahren lediglich im Keller der Dahlemer Villa pyrotechnische

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Er setzte sich wieder, nahm sein Buch, strich wieder ganze Sätze an und machte unleserliche Bemerkungen am Rand. Im Zimmer nebenan, bei Polja — ist Ruhe. Sie war zu Hause: die matten Scheiben ihrer Türe schimmerten leicht von der elektrischen Beleuchtung im Zimmer, als er über den Gang gekommen war, und für einen Augenblick sah er ihren lockigen, verschwommenen Schatten auf den Scheiben. Er wollte zu ihr hineingehen und hatte schon die Klinke in der Hand, aber der Schatten wankte, verlosch und verschwand. Er beschloß: es ist nicht notwendig. Wenn sie ihn braucht, wird sie an seine Türe klopfen, die ihre Zimmer trennt, oder wird zu ihm kommen, wie sie es sonst getan hatte.

Mit dem Buch in den Händen ging er auf den Zehen zur Tür und horchte zu Polja hinüber. Ruhe, keine Schritte waren hörbar, kein Rascheln. Wahrscheinlich lag sie mit denselben Augen auf dem Bett, mit denen sie aus der Werkzelle weggegangen war. Vielleicht schlief sie, müde von den Aufregungen der letzten Tage. Wenn sie schläft — dann ist es gut: sie wird am Morgen fester auf ihren Füßen stehen. Sie ist nur ein wenig müde. (Es gibt jetzt so viele müde Menschen.) Sie muß nur ausruhen. Sie war im Krieg — und war glücklich: erlernte dort das laute Lachen. Sie war in der Frauengruppe, in angestrengter Arbeit — und auch da lachte sie. Und nun — ein neuer Abschnitt, und plötzlich hatte sie unter dem Schlag nachgegeben. Sie muß nur ausruhen und ein wenig verstehen. Er darf nicht schlafen: sie wird ihn vielleicht rufen, wenn sie ihn braucht, oder zu ihm kommen, wie sie es sonst getan hatte.

Parteireinigung. . . Das erstarrte Gesicht und die Grammophonstimme der Kommissionsmitglieder. Das war alles schon lange, lange her. Das ist alles so wichtig: kann denn ein so winziger Umstand irgendeine Bedeutung im Prozesse der allgemeinen Geschehnisse haben? Nicht er — sondern alle, und er ist nur ein kleines Stäubchen in der Allgemeinheit.

Ans offene Fenster flogen goldene und silberne Schmetterlinge mit zottigen Pelzen. Sie schlugen an die Lampe an, flogen ins Zimmer herein und sangen wie eine schwach gespannte Saiten, und das Zimmer erlitten riesengroß von diesem Gesang. Und er mußte daran denken, daß er allein ist und daß viele und unbestimmte Venderungen ihn in der

Zukunft erwarten. Er ging zum Fenster und sah ins Dunkel. Oktober — aber es ist warm und in dieser warmen und finsternen Nacht fühlt man schon seltsame, süße Gerüche der herblichen Verwesung: es riecht nach Sumpf und nach abgefallenen Blättern. Und in diesem steinernen Dunkel der Stadt (es waren noch keine Laternen auf der Straße) war tiefe Stille. Nur in der Ferne, auf dem Bahnhof, stöhnten düstere Pfeife und die Waggons kitzten wie Glas. Und dort — unter den Bergen, hinter der Bucht, strahlten in verworrenen Girlanden elektrische Sterne. Das Werk erstand zum Leben. Dann sah man zitternde, feurige Tropfen auf den Landungsbrücken, auf den Dampfern, und stammende Ströme brannten in der Bucht von diesen flimmernden Sternen auf.

Es war ein Augenblick, in dem Sergej sich im Halbschlummer vergaß, und da sah er seinen Vater mit bloßen Füßen und zerrissenen Hosen vor sich trippeln und der Vater lachte freudig.

Er trippelte vor ihm mit einem Stuhl in der Hand und flüsterte undeutlich, sich eifend, sich verschließend, unheimlichen Ansinn. Und weil er nichts von diesem komischen Geschwätz des Vaters verstehen konnte, wurde es Sergej ganz unheimlich. Er sah und konnte sich nicht bewegen, wollte aufstehen — und konnte nicht, wollten den Vater stoßen — und konnte nicht. Der Vater drohte ihm mit dem Finger, zupfte seinen Bart und lachte freudig.

Ein Traum. Sein Herz klopfte in tiefen, langsamen Stößen, als er erwachte. Hinter der Tür, bei Polja, tönte in tiefem Bass das Flüstern von Radjin. Und das Eisen des Bettes knarrte und dröhnte. Poljas Stimme klang wie eine Vogelstimme, war zerrissen, — man wußte nicht, lachte oder weinte sie.

Und dann war wieder Stille. Das Herz schlug in tiefen Stößen und flammte in seinem Blute auf. Gebückt, mit geschwollenen Adern auf der Nase, an den Schläfen, ging er zur Tür und horchte. Er stand mit gehobener Faust, zum Schlage bereit. Ein Juden ging über sein Gesicht, die Faust fiel langsam herunter und öffnete sich weit. Zitternd vor Kälte, mit grauem Gesicht, matten Augen, ging er mit müden, schleppenden Schritten zu seinem Bett. Stand einige Augenblicke ruhig, horchte wieder, legte sich. Stand wieder auf, horchte. Begann sich sorgfältig und langsam auszukleiden. Löschte das Rämpchen, deckte seinen Kopf mit der Decke zu und wurde still.

4. Späne.

In der Früh, zur gewohnten Stunde, wachte Sergej plötzlich auf und erhob sich ebenso plötzlich vom Bett. Ging

rasch zum Waschtisch, wusch sich kurz und gründlich. Mit dem Handtuch in der Hand stellte er sich vor das Fenster (das Fenster war die ganze Nacht offen). Im Zimmer war es kalt und über den Körper strömte ein fröstelndes Zittern und sein Herz wurde frisch und elastisch.

Der Himmel war tiefblau wie im Sommer und die Luft durchsichtig und golden in den Fernen. Die Häuser brannten unten von der Sonne und die Dächer glänzten feucht vom Nachtau und waren blau vom widerspiegelnden Himmel. Auf dem Berggründen, über dem Werk, flammten blendende, geballte Schneehaufen. Und sehr weit, in der Schlucht, die Steinbrüche und den jungen Wald, der vom Berg hinunterfloß, zerschneidend, kroch wie eine rote Raupe ein Lastzug. Deutlich sah man die kleinen Würfel mit den schwarzen Quadraten der Türen, und die Räder spielten mit den glänzenden Speichen. In feurigen Klumpen flog der Dampf aus der Lokomotive, erlosch lange nicht und vereinigte sich mit den rosa Wolken. Und der Herbstgeruch, der süße, gärende Verwesungsgeruch, strömte in kalten, metallischen, frischen Wellen durch das Fenster. Es war frisch, leicht, durchsichtig und sonnig.

. . . Parteireinigung. Die Spiegel mit den vielen Widerspiegelungen der Massen und Kronleuchter. Seine verlegenen und naiven Antworten. Ach, das war so fern und so unwichtig! Der Körper ist mit Blut und Gesundheit durchtränkt, und er lecht nach schwerer, physischer Arbeit, die seinen Muskeln gut tut. Und vor dem Fenster warf er seine Arme, die Bewegung brachten, hinauf, hinunter: eins — zwei — drei — vier. . .

. . . Polja. . . Wie ein Schatten ging ein dumpfer Schmerz durch seine Seele.

Sie war nicht zu ihm gekommen. Sie wollte seine Freundschaft nicht. Das, was in der Nacht geschehen war, wollte sie diesmal vor ihm und nur in sich verdrücken. Das ist sein Schmerz — nur sein eigener Schmerz. Und der Schmerz — macht sie ihm noch näher, tiefer. Er wird ihr von seinem Schmerze nichts sagen, sie versteht zu lachen, und wenn sie ihn heute treffen wird, — wird sie ihn mit einem Wächeln, wie einen Freund begrüßen. Liebe, liebe Polja. . .

Er nahm seine Aktentasche und ging auf den Gang. Poljas Zimmer war fest geschlossen und Ruhe war dort. Sie schläft. Soll sie nur schlafen: sie muß ausruhen und sich beruhigen, damit ihr Wächeln in ein Lachen hinüberklingt.

Im Parteikomitee ging er in das Zimmer der Kommission für Parteireinigung.

(Fortsetzung folgt.)

Waren fabrikt und mit mehr oder minder gefährlichen Sprengstoffen experimentiert haben. Wahrscheinlich haben sie auf Grund ihrer Versuche und eingereichten Proben private Aufträge aus der Reichsbahn erhalten und in dem Dohlemer Laboratorium auch durchgeführt.

Die Städtische Baupolizei teilt zu dem Unglück in Dahlem folgendes mit:
„Auf Grund des § 16 der Gewerbeordnung sind Laboratorien, die Feuerwerkskörper oder Explosivstoffe herstellen oder verarbeiten, Sonderbestimmungen unterworfen und unterstehen der Gewerbeaufsicht bei den Polizeibehörden. An Räume dieser Art werden insoweit besondere Anforderungen gestellt, als sie eine gewisse Entfernung von den Straßen und Nachbargrenzen haben müssen, außerdem auch von bewohnbaren Räumen. Schließlich werden an Gebäuden, die wie die Grunewaldsiedlung im baupolizeilichen Sinne als gefährliche Gebiete anzusehen sind, Anlagen solcher Art nicht zugelassen.“

Was ging 1920 in der Parkstraße vor? Als Dahlem das Dorado der Kappisten war.

Von einem unserer Leser gehen uns Mitteilungen über geheimnisvolle Vorgänge auf dem Grundstück Parkstr. 40/42 in Dahlem zu, die bereits mehrere Jahre zurückliegen und in die Zeit des Kapp-Zuges im Jahre 1920 fallen. Wenn diese Wahrnehmungen, die damals gemacht wurden, auch nicht in direktem Zusammenhange mit der Explosionskatastrophe stehen dürften, findet der Verdacht Rührung, daß bereits im Jahre 1920 in der Unglücksvilla ein Laboratorium bestanden hat, in dem nächtlicherweise gearbeitet bzw. experimentiert wurde.

Im März 1920, wenige Tage nach Ausbruch und Unterdrückung des Kapp-Zuges, war vom Gutsoorsteher in Dahlem, das zu jener Zeit noch nicht eingemeindet war, ein Straßensicherheitsdienst gebildet worden. Einmal Tages meldeten zwei Mitglieder des Wachdienstes, daß sie auf ihrem Patrouillengang in der Nacht seltsame Wahrnehmungen gemacht hätten. Demnach hatte vor dem Bille-Grundstück Parkstr. 40/42 ein zweifelhafte Führerwerk gehalten, auf das von mehreren Männern schwere Kisten aufgeladen wurden. Durch die Kellerfenster, in die man trotz der Vorhänge hineinschauen konnte, wurden mehrere Männer in weißen Kitteln beobachtet, die an Tischen herumhantierten.

Als in der nächsten Nacht wieder ein Gespann erschien, und sich derselbe Vorgang wiederholte, machte der Führer des Wachkommandos dem Dohlemer Gutsoorsteher über das Ergebnis Mitteilung. Der Gutsoorsteher gab darauf Anweisung, die Kartonnisse dem Polizeipräsidenten in Berlin schriftlich zu melden, da der Sicherheitsdienst zu einer Durchsuchung des Gebäudes nicht berechtigt sei und nur für geordnete Sicherheit auf der Straße zu sorgen habe. Auf die Mitteilung erschienen mehrere Kriminalbeamte vom Polizeipräsidenten, die eine Durchsuchung der Villa vornahmen. Das Ergebnis war scheinbar negativ, und es vermutete, daß nur Heiltees und ähnliche harmlose Medikamente hergestellt würden. Die Bemerkung, daß es doch verdächtig und höchst sonderbar sei, derartige harmlose Waren des Nachts zu verarbeiten und fortzuschaffen, wurde mit einem vage klingenden Achselzucken beantwortet.

Dies alles spielte sich zu einer Zeit ab, als die Villa noch Eigentum jenes Professors Blank war, der sich zur Zeit der Katastrophe in Berlin aufhielt. Da zu jener Zeit Dahlem das Dorado der Kappisten war und beispielsweise bei einer Durchsuchung von 20 Villen 18 Maschinengewehre, darunter 12 schwere, 150 000 Schuß Infanteriemunition, 800 schwarze Handgranaten, Katapulte, Rüstzeug usw. gefunden und beschlagnahmt wurden, so war der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß es sich bei diesen nächtlichen Transporten um Ausrüstung von Waffen- und Munitionsvorräten handelte. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß nunmehr bei den Behörden auf die damaligen Vorgänge zurückgegriffen werden wird.

Ein Verkehrsunfall in der Friedrichstraße Drei Personen verletzt.

Ein schwerer Zusammenstoß, bei dem mehrere Personen erhebliche Verletzungen erlitten, ereignete sich in den gestrigen Nachmittagsstunden an der Ecke Friedrich- und Jägerstraße zwischen einem Autobus der Linie 5 und einem Bierbegepann.

Da die Fahrbahn des Autobusses geriet, aus der Jägerstraße kommend, plötzlich ein zweispänniges Pferdewagenwerk. Der Wagenführer konnte seinen Wagen nicht mehr rechtzeitig zum Halten bringen und fuhr mit voller Wucht auf den hinteren Teil des Begepanns auf. Bei dem Zusammenstoß verlor der Chauffeur die Herrschaft über den Wagen, der auf den Bürgersteig geriet. Hierbei wurde ein Vorübergehender, der fünfjährige Kaufmann Max Kagewski aus Berlin-Buchholz, von dem Autobus erfasst und schwer verletzt. Der Chauffeur des Autobusses und der Fahrer des Begepanns, Willi Stübing aus der Putzbußer Straße, der vom Bod auf das Straßenpflaster geschleudert wurde, erlitten gleichfalls erhebliche Verletzungen und einen Reuenschock. Die Fahrgäste, die zum Teil von ihren Sitzen geschleudert wurden, kamen glücklicherweise mit dem Schrecken davon. Die drei Verunglückten wurden zunächst zur Rettungsstelle 14 gebracht, von wo der Arzt die Ueberführung des Kaufmanns Kagewski und des Chauffeurs nach der Universitätsklinik in der Siegelstraße anordnete. Das Befinden des Kagewski ist besorgniserregend. Die Schuldfrage konnte noch nicht geklärt werden. Durch den Vorfall entstand eine Verkehrsstörung von fast viertelstündiger Dauer.

Zu einem weiteren Zusammenstoß kam es zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 41 und einem Brauereiwagen um 15.30 Uhr an der Ecke Brunnen- und Kamlerstraße. Der Mitfahrer des Brauereiwagens erlitt Gesichtsverletzungen: er erhielt auf der nahegelegenen Rettungsstelle die erste Hilfe. Der Straßenbahnverkehr wurde etwa 20 Minuten völlig lahmgelegt, was gerade in der Hauptverkehrszeit zu großen Wagenansammlungen führte.

Zuchthaus für einen Bahälischer.

Mit einer Bahälischerzentrale hatte sich gestern das Große Schöffengericht zu befassen. Angeklagt waren der aus Polen stammende Konfektionär Josef Parzenki wegen schwerer Urkundenfälschung und der Dantzi Otto Kobiczek aus der Tichowskowskoi. Bei Parzenki land man einen ganzen Koffer voll mit falschen österreichischen, polnischen und tschechoslowakischen Urspuren. Die tschechischen Pässe waren sämtlich auf den Namen des Angeklagten Kobiczek ausgestellt gemeldet. Dieser hatte sich durch Erbs immer neue Pässe verschafft, die er sofort an seinen Geschäftsfreund Parzenki für 20 M. verkaufte. Letzterer ließ sich aber nicht weniger als 600 M. für den mit Hilfe von Koblitzek auf einen anderen Namen umgeschriebenen Pass zahlen. Das Schöffengericht verurteilte Parzenki unter Berücksichtigung des schönen Mißbrauchs der Postfremdschiff mildernde Umstände. Parzenki wurde zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt, während Kobiczek wegen Beihilfe 7 Monate Gefängnis erhielt.

Die Stadtverordnetenversammlung tritt in dieser Woche am Donnerstag um 16 1/2 Uhr zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen. Die Tagesordnung bringt folgende ein volles Schod Verhandlungsgegenstände. Ein großer Teil davon ist Rest, der aus dem alten Jahre übernommen wurde. An der Spitze der Tagesordnung steht die Wahl des Vorstandes.

Kindesmord aus Verzweiflung. Die Tat einer unglücklichen Mutter.

Mit einem Falle von Kindestötung wurde die diesjährige erste Schwurgerichtsperiode des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Marschner eröffnet. Angeklagt war die 24jährige Hausangestellte Dittlitz G., der vom Gericht die Rechtsanwältin Frau Dr. Haslacher als Verteidigerin bestellt worden war. Die Angeklagte war unter Tränen gekniet, aus Scham und Furcht vor Eltern und Geschwistern und aus Angst vor dem Verlust ihrer Dienststellung in Berlin ihr neugeborenes Kind mit einem Handtuch erwürgt zu haben. Die Leiche hatte

Freie Sozialistische Hochschule.

Sonnabend, den 14. Januar, 19 1/2 Uhr
im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Vortrag des Genossen Franz Furtwängler:
„Indien und der englische Imperialismus.“
Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3 2. Hof, II. Zimmer 8. — Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenpark. — Zigarengeschäft Horsch, Engelster 24-25, Gewerkschaftshaus. — Tabakvertrieb, Inselstr. 6. — Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreilindenstr. 5. — „Werkfreud“ Bücherstube, Potsdamer Str. 104. — Berliner Gewerkschaftskommission Engelster 24-25 (Gewerkschaftshaus), sowie in allen Vorwärts-Speditionen. — Groß-Siedlung Britz: Liningsstraße 57.

se in einen Karton gepackt und in einem Spind versteckt. Die Angeklagte hatte in ihrer mecklenburgischen Heimat ein Liebesverhältnis mit einem Gutsangestellten gehabt. Da die Eltern davon nichts wußten, suchte sie sich einige Monate vor der Geburt des Kindes eine Dienststellung in Berlin.

Gegenüber dem Antrage des Staatsanwalts auf 2 1/2 Jahre Gefängnis richtete die Verteidigerin einen Appell an das nur aus Männern bestehende Schwurgericht, in diesem Falle das menschliche Gefühl mitsprechen zu lassen. Unter gewöhnlichen Umständen wäre dieses bisher unbeholtene Mädchen niemals frimirell geworden. Die Richter mögen sich in die Psyche des Mädchens hineinversetzen, das vom Lande stammt und ein ganz primitives Geschöpf ist. Wer einmal mitleidlich habe, was es heiße, ein Kind zur Welt zu bringen. — sie könne das als Mutter von zwei Kindern beurteilen — der wisse, daß bei der Frau in dieser Stunde der freie Wille ganz ausgeschlossen ist. Die Angeklagte hat in einem Paroxysmus der Angst und unter der Suggestion eines furchtbaren Schreckens gehandelt. Wenn nütze es, wenn dieses junge Mädchen ein Gefängnis geschickt werde? Sie sei schon genug bestraft, indem das, was für jede Frau das höchste Glück ist, bei ihr zu einem entsetzlichen Geschehen geworden ist.

Nach längerer Beratung verurteilte das Schwurgericht die Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 3 Monaten, von der sie aber nur vier Monate verbüßen soll, während sie für den Rest Bewährungsfrist erhielt.

Heizwirtschaft der Stadt Berlin.

Welche Bedeutung für die Gemeindevermögenslage Berlins die Heizfrage hat, davon wird mancher sich kaum eine rechte Vorstellung machen. Weit über ein Viertel der gesamten Kohlenmenge, die in ganz Berlin verbraucht wird, wandert in die städtischen Betriebe. Ganz Berlin verbraucht, wie Stadtbaurat Adler in einer Konferenz mit Pressevertretern mitteilte, im Jahre rund 6 Millionen Tonnen Kohle, davon 3/4 Millionen in Steinkohle und 2 1/2 Millionen in Braunkohle. Von der Gesamtmenge kommen etwa 5 Millionen Tonnen aus dem Inland, 1 Million Tonnen aus dem Ausland. Befördert werden 2 Millionen Tonnen auf dem Wasserwege, 4 Millionen Tonnen auf der Eisenbahn. An der gesamten Verbrauchsmenge sind die städtischen Betriebe allein mit jährlich etwa 1 1/2 Millionen Tonnen beteiligt, im besonderen die Gaswerke mit 1 000 000 Tonnen, die Elektrizitätswerke mit 400 000 Tonnen, die Wasserwerke mit 50 000 Tonnen, die Kanalisationspumpwerke mit 40 000 Tonnen, die städtischen Gebäude mit 250 000 Tonnen, ergibt zusammen 1 740 000 Tonnen. Diese Kohlenmenge kostet 52 Millionen M., woran der Heizbetrieb städtischer Gebäude mit 7 1/2 Millionen M. beteiligt ist.

Bei so hohen Aufwendungen mußte der Wunsch entstehen, den Verbrauch durch sparsamste Bewirtschaftung möglichst einzuschränken. Das ist in den letzten Jahren versucht worden, und der Erfolg war so gut, daß gegenüber dem früheren Verbrauch jetzt bis 15 Proz. gespart wurden. Wie man diese Rationalisierung der Heizwirtschaft zustande gebracht hat, darüber äußerte sich Magistratsoberbaudirektor Hüttner. In Betracht kommen Heizbetriebe in 37 Krank- und Heilanstalten, 15 Wohnheime, 14 Badeanstalten, 9 Markthallen, 3 Krematorien, 610 Schulen, 76 Bewohnungsgebäude, 142 sonstigen Gebäuden, 245 Hochdruckdampfessel und 2150 Niederdruckdampfessel sind zu verzeichnen. Für jede Heizungsart und für jedes Gebäude ist der richtige Brennstoffverbrauch ermittelt worden, der je nach der Lage des Gebäudes und der Beschaffenheit der Heizvorrichtungen wechselt.

Funkwinkel.

Die Mittwochsveranstaltungen im Großen Schauspielhaus verlieren allmählich an Format. Brachte die erste ein gut zusammengefügtes populäres Sinfonieorchester, die zweite Jazzkonzert so hüben die nächsten Konzerte an Charakter ein. Das letzte am Sonntag vormittag hatte überhaupt kein Besitzt. Die Gesänge Franz Baumanns vom rheinischen Mädchen stehen in keinem Verhältnis zu der Orchestermusik. Bei Baumann hört die stark narkose Erstickung eines Tenors, hier bei der Uebertragung aus einem großen Theater vielleicht noch mehr als bei Konzerten aus dem Sendesaal. Glänzend ist der Klang des Orchesters, dessen letzte Feinheiten gehört werden. Bruno Seidler-Winter spielt mit Temperament farblich und glühend Offenbachs Duettüre zum „Orpheus“. Der Orgelübertragung aus Frankfurt a. M. folgt ein zuerst an Klarheit. Die Töne kommen nicht heraus, erst spät: desiert sich die Uebertragung. Sehr hübsch ist die Buschade, die Weinprobe, zu der Erich Fischer Karlsruherische Nativie verwendet. Chefredakteur Genosse Friedrich Stämpfer spricht in der „Stunde des Journalisten“ über die „Freiheit der Presse“ — „Is G. indrecht der Demokratie“.

Der Montag bringt zwei Kammermusikonzerte. Abends spielt das Schumann-Trio Beethovens und eine Sonate von Georg Schumann mit virtuoser Meisterschaft und am Nachmittag ein Konzert mit Duos für Klarinette und Fagott und mit Sonaten für Cello. Hermann Schröder und Karl Leuchner sind gute Solfisten, während der Cellist Eugen Sandow besonders im ersten Satz der Corellischen Sonate etwas zu hart spielt. Aus Anlaß des wanzigsten Todestages von Wilhelm Busch liest Rest Langer ein paar kleinere Dichtungen mit feinem zurückhaltenden Witz, einfühlend und plastisch gefühlend. In der Reihe „Kunst und Arbeit“ spricht Oberhaltmeister Karl Müller über die Verantwortung des Werkmeisters bei Arbeiten mit Hochspannung. Da hier ein Mann der Praxis spricht, wird der Hörer nicht mit theoretischen Auseinandersetzungen über Hochspannung traktiert, sondern erhält ein klares und anschauliches Bild.

Ein Koffenlaboratorium prüft die Enzogen, untersucht die Brennstoffe, beleuchtet die Heizer über die Bedienung, veranstaltet Ausbildungskurse auch für Heizingenieure. Manche Anstalten haben bereits eigene Fernheizwerke, seit langem die Anstalten in Buch, jetzt auch Krankenhaus Friedrichshagen. Der gesamte Heizbetrieb städtischer Gebäude hat bei einem Jahresverbrauch von 250 000 Tonnen Kohle jetzt eine Erparnis von 20 000 Tonnen Kohle im Werte von 60 000 M. erzielt.

Herr Hüttner streifte auch die Frage der Fernheizwerke, die ihre Wärme an öffentliche Gebäude und an private Wohnhäuser abgeben. Ueber das Zeitmaß des Ausbaues dieser Fernheizwerke sagte er, daß es durch die Mithing der Teilnehmermeldungen bedingt ist. Nur wo genügend Meldungen eingehen, könne man in den Straßen die fossilpielligen Leitungen legen. Bei zu geringer Teilnehmerzahl sei Wirtschaftlichkeit des Betriebes unmöglich.

Die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt. Sie will nach Rudow gehen!

Die „Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt“, die ihren Betrieb auf dem Flugplatz Adlershof unterhält, muß diesen im nächsten Jahre räumen, da der Nachbarn abflutet und der Eigentümer des Geländes dieses für seine Zwecke verwenden will. Die Verlegung des Flugplatzes von Adlershof hat die Öffentlichkeit schon mehrmals beschäftigt.

Als Gelände für einen neuen Flugplatz war ein Teil des ehemaligen Rittergutes Beth aussersehen. Das Reußköllner Bezirksamt, die Reußköllner Bezirksversammlung und die Bewohner der Großsiedlung protestierten gegen die Verlegung der Versuchsanstalt in die Nähe von Wohnsiedlungen und auf ein Gelände, das schon im nächsten Jahr für weitere Siedlungsbauten erschlossen werden sollte. Diese Kreise schlugen als Ersatz geeignetes Gelände bei Rudow vor. Durch diese Widerstände wurde die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung über die Verlegung der Anstalt immer wieder hinausgezögert. Da die Anstalt ihr jetziges Gelände schon im Jahre 1929 räumen muß und die Errichtung der Gebäude eine längere Zeit beansprucht, muß die Entscheidung bald fallen. Um die größten Widerstände zu beseitigen, hat sich die DVL bereit erklärt, das Gelände bei Rudow zur Errichtung der neuen Anlage anzunehmen. Auf dem Gelände bei Rudow könnte eine große Versuchsanlage eingerichtet werden, die dann auch die Vertretersiedlung, die bis jetzt in Staaken untergebracht ist, aufnehmen könnte. Diese Zusammenlegung brächte erhebliche wirtschaftliche Vorteile mit sich. Ein anderer Plan, den Flugplatz Biesdorf für die DVL zur Verfügung zu stellen, würde auch daran scheitern, daß dort eine Siedlung mit Wohnlauben im Werte von 1 1/2 Millionen Mark erst beseitigt werden müßte.

Grubenunglück in Amerika. Fast 100 Arbeiter in Lebensgefahr.

West-Frankfort (Illinois), 9. Januar.
In einem Kohlenbergwerk der Industrial Coal Company ereignete sich in einer Tiefe von 600 Fuß eine schwere Explosion. Von der 700 Mann starken Belegschaft konnte sich der größere Teil retten. 93 Arbeiter wurden jedoch durch Rauch und Kohlenstaub abgetrennt. Man befürchtet, daß eine Anzahl von ihnen getötet oder verletzt worden ist.

Der rätselhafte Fall Rosen. Eine eigenartige Meldung.

Wiederholt berichteten wir über die Mordfälle Rosen-Breslau, und wir hielten mit kritischen Bemerkungen nicht zurück. Jetzt geht uns eine Mitteilung der Telegraphen-Union zu, die nicht ohne Kommentar veröffentlicht werden kann. Die Nachricht sagt: „Zur Wiederaufnahme der Voruntersuchung in der Mordfälle Rosen wird von der Oberstaatsanwaltschaft Breslau mitgeteilt, daß das Verfahren überhaupt noch nicht eingeleitet war, wenn auch die Wirtschaftlerin Reumann aus der Haft entlassen wurde. Das Verfahren hat nur geruht. Auf Grund neuer Anträge der Staatsanwaltschaft ist nunmehr die Voruntersuchung wieder aufgenommen worden. Ueber diese neuen Anträge kann im gegenwärtigen Stadium der Voruntersuchung keine Mitteilung erfolgen.“

Hierzu darf bemerkt werden, daß ein Wiederaufnahmeverfahren, von dem die Telegraphen-Union spricht, ja überhaupt nicht vorliegt, wenn das Verfahren nur geruht hat. Im übrigen aber hat die Staatsanwaltschaft Breslau seit nunmehr zwei Jahren bei der Wirtschaftlerin Reumann „Voruntersuchung“ über „Voruntersuchung“ gehäuft, daß man schließlich nicht annehmen kann, Verdachtsmomente von überaus bringlicher Natur seien nun plötzlich aufgelöst. Sollte dies aber doch der Fall sein, so darf die Öffentlichkeit verlangen, daß trotz der sonderbaren Ausrede vom „gegenwärtigen Stadium der Voruntersuchung“ die notwendigen Mitteilungen erfolgen.

Eine Lustig, die nach jahrelangen Forschungen zu keinem anderen Ergebnis kommt als dazu, sich im „gegenwärtigen Stadium“ in Schwärzen zu häufen, macht sich lächerlich. Das darf sich die Breslauer Staatsanwaltschaft gefügt sein lassen!

Wie weiter aus Breslau mitgeteilt wird, wurden in dem von der Wirtschaftlerin des ermordeten Professors Rosen, Frau Reumann, an den Minister a. D. Rosen angestregten Erbschaftsprozess „Aufwertungsansprüche“ in Höhe von 20 000 Mark bei der Einigungsverhandlung die von dem Vertreter der Frau Reumann gemachten Vergleichsvorschläge von dem Anwalt des Beklagten abgelehnt, der erklärte, daß der Beklagte sich auf keine Verhandlungen einlasse, bevor nicht das Strafverfahren beendet sei.

Unser Striegauer Ferienheim zerstört.

Wie aus Striegau (Schlesien) gemeldet wird, vernichtete ein Großfeuer das der schlesischen Sozialdemokratischen Arbeiterjugend gehörige Ferienheim mit Jugendherberge. Gegen 18 Uhr abends wurde die Feuerwehr gerufen, die bei ihrem Eintreffen einen Brandherd vorfand, der sich über das ganze Gebäude erstreckte. Scharfe Südwestwinde entfachten das Feuer in wenigen Minuten zu einem Riesbrand. Es dürfte so gut wie nichts gerettet sein. Das Heim ist vor zwei Jahren auf einem von der Stadt Striegau geschenkten Bauplatz unter erheblichen Kosten und Mühen erbaut worden.

25 Todesopfer einer Alkoholvergiftung.

Nach dem Genuß von Schnaps, der aus Methylnalkohol hergestellt war, erkrankten in Parache in Spanien 40 Personen unter schweren Vergiftungssymptomen. 25 Erkrankte sind bereits gestorben.

Typographisch Den Sängern zur Kenntnis, daß die Vormittagsübungen bis auf weiteres im „Tivoli“ stattfinden. Erste Übungsstunde am 12. Januar, 10 Uhr. Der Vorstand.

Das ideale.
Laxin Abführ-Konfekt

Deutsche oder dänische Butter.

Deutschnationales Geschrei und eine deutliche Antwort.

Die Molkereigenossenschaft in Schackensleben machte dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz ein Angebot in Butter, ohne dazu aufgefordert zu sein. Daraus erhielt sie durch den genannten Konsumverein folgende Antwort: „Mit Ihrer geschätzten Zuschrift vom 18. d. M. bieten Sie uns zur laufenden Abnahme Ihr Molkereiprodukt „Butter“ an. Dieser Offerte können wir nicht „näher treten“, da wir nur dänische Butter führen, demnach deutsche nicht mehr in Frage kommt.“

Da die Molkereigenossenschaft in Schackensleben kein Geschäft mit dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz machen konnte, kam sie auf den Gedanken, die Antwort des Konsumvereins als Kampfmittel gegen die Konsumvereine auszunutzen. Die ganze agrarische Presse stürzte sich unter Führung eines Hugenbergschen Korrespondenzbureaus auf den „setten Hoppen“, um den

Konsumvereinen und natürlich auch der Sozialdemokratie eins auszuwichen.

Die Artikel bewegten sich in dem Gedankengang, daß die deutsche Sozialdemokratie bemüht sei, „den deutschen Markt weiter kaputt zu machen, um die ausländische Wirtschaft zu stärken“. Damit glaubt man wieder einmal, nach berühmtem Wort: „legensmuster, die „Vaterlandsfeindschaft“ und den „Vaterlandsverrat“ der deutschen Sozialdemokratie bezweifeln zu können. Die Deutschnationalen können so etwas, besonders vor den Wahlen, sehr gut gebrauchen.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz wurde nach Erscheinen dieser Artikel von einer halbamtlichen Stelle nach seinen besonderen Gründen für seinen Standpunkt befragt. Diese Anfrage wurde jetzt von dem Leipziger Verein in folgender Weise beantwortet:

„Wir führen seit längerer Zeit nur dänische Molkereibutter, und zwar aus Gründen, die für Sie zweifellos nichts Ueberraschendes haben werden. Unser Bestreben als Konsumgenossenschaft geht dahin, unsere Mitglieder nur mit wirklich hochwertigen Bedarfsgütern aller Art zu versorgen. Wir legen dabei allergrößtes Gewicht auf eine durchaus gleichmäßig gute Beschaffenheit (Standards). Unser Butterumsatz beläuft sich auf rund 300 Zentner wöchentlich. Ihnen wird ausreichend bekannt sein, daß es kaum möglich ist, Butter in solchen Mengen aus irgendeinem inländischen Erzeugungsgebiet von so gleichmäßiger Beschaffenheit zu erlangen, wie sie uns bei dänischer Butter gewährleistet ist. Das beweisen unsere früheren Erfahrungen mit schleswig-holsteinischer, oldenburgischer und mecklenburgischer Butter uns zur Genüge. Es wird Ihnen bekannt sein, daß die erheblichen Unterschiede in der Beschaffenheit der deutschen Butter und ihre Mängel im Gegensatz zu den besten Qualitäten dänischer Butter nach Ansicht maßgebender Sachverständiger u. a. zurückgeführt werden: 1. Auf eine etwas rückständige Einstellung des deutschen Durchschnittslandwirts in wirtschaftlicher Hinsicht und auf mangelhaft entwickelten Gemeinfinn bei ihm, 2. auf mangelhafte technische Ausstattung vieler deutscher Molkereien.“

Endlich kommt in Frage, daß die im Durchschnitt qualitativ bessere und in ihrer Beschaffenheit gleichmäßigere dänische Butter gegenüber der deutschen Butter im Preise trotz des Einfuhrzolls von 2,50 M. je Doppelzentner und höherer Frachtspeisen sich im allgemeinen kaum teurer stellt als beste inländische Markenbutter. Das bedeutet mit anderen Worten, daß der Einfuhrzoll durchweg in voller Höhe den inländischen Produzenten zugute kommt und nicht, wie es

bei den Erörterungen über die Erhöhung der Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse vielfach behauptet wurde, vom Ausland getragen wird.

Daß diese Ausnutzung der Zollsperrre möglich ist, hat, was Ihnen natürlich ebenfalls bekannt ist, seinen Grund in der Tatsache, daß die deutsche Landwirtschaft zurzeit nicht imstande ist, den Bedarf der deutschen Bevölkerung an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu decken, weshalb die fehlende Menge durch Einfuhr gedeckt werden muß. Der Gesamtwert des Einfuhrüberschusses an landwirtschaftlichen Erzeugnissen betrug bekanntlich 1925 552,7 Millionen und 1926 445,7 Millionen M. Niemand, der auch nur die geringste Ahnung von volkswirtschaftlichen Dingen hat, wird behaupten wollen, daß diese Einfuhr ihre Ursachen in einer böswilligen Abneigung des deutschen Handels und der deutschen Verbraucher gegen die deutsche Landwirtschaft habe.

Es ist deshalb nichts als ein demagogisches Märchen, wenn eine gewisse Presse unter absichtlicher Vertennung der rein wirtschaftlichen Betätigung der Konsumvereine den vorstehend begründeten Sachverhalt

zu einer politischen Hege

verwendet und die Sache so darstellt, als ob der Bezug ausländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse sich planmäßig gegen die deutsche Landwirtschaft richte. Wir würden es selbstverständlich begrüßen, wenn die deutsche Landwirtschaft ihre Leistungsfähigkeit in einer Weise steigern würde, die die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse unnötig macht und wenn sie dabei den inländischen Bedarf nicht nur der Menge nach, sondern auch hinsichtlich der Güte der Erzeugnisse voll zu befriedigen vermöchte, ohne noch weitere Erhöhung der Lebenshaltungskosten der Verbraucher oder Drosselung des Verbrauchs durch Schutzzölle.“

Die Rückständigkeit der Landwirtschaft.

Zahlen wir jährlich Hunderte von Millionen Mark für Butter an Dänemark, so ist das kein Zufall, sondern die betrübliche Tatsache erklärt sich aus der Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft. Das ist allgemein bekannt. Als z. B. vor einigen Monaten Führer des Reichslandbundes mit den Berliner Eierfirmen über die Belieferung des Berliner Marktes mit deutschen Eiern verhandeln wollten, lehnten diese zunächst jede Verhandlung mit der Begründung ab, daß die Inlandsproduktion in ihrem Geschäft überhaupt gar keine Rolle spiele, und nur mit Mühe waren sie zu bewegen, überhaupt über den Inlandsmarkt zu verhandeln. Soweit die Schaffung einer Markenbutter in Frage kommt, um die es sich ja bei dem Streit zwischen dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz und der Hugenberg-Presse handelt, sind erst in den letzten Jahren Fortschritte in Schleswig-Holstein, Oldenburg, Pommern und in Westfalen gemacht worden. Durch strengste Kontrolle der Qualität hat man in Schleswig-Holstein Vorbildliches erreicht. Weigern sich nun die deutschen Konsumvereine, Molkereien, die nicht im entferntesten das Markenprodukt herstellen, das in Schleswig-Holstein produziert wird, ihre Ware abzunehmen, so tun die Konsumvereine nichts anderes, als die von der Landwirtschaft selbst geschaffene zentrale Butterkontrollstelle tun.

Die Einführung einer Buttermarke setzt natürlich die Erzeugung hochwertiger Milch voraus, die, auch nach Auffassung

der landwirtschaftlichen Organisationen, nur durch strengste Milchkontrolle zu erreichen ist. Der Reichslandbundesführer Dr. Brandes hat auf der letzten Ballversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Stettin folgendes gesagt: „Es muß hier ganz offen und klar zum Ausdruck gebracht werden, daß das Verständnis für die Anforderungen, die wir an eine gesunde gute Rohmilch stellen, in weiten Kreisen der Landwirtschaft noch nicht den Grad der Vollkommenheit erreicht hat, den wir als notwendig erachten. Ich habe mich sehr vorsichtig ausgedrückt, aber ich nehme an, daß man den tieferen Sinn durchaus erkennen kann.“

Eine Provinz in Preußen hat vor kurzem ihre Molkereien untersucht. Ueber das Ergebnis der Untersuchung sagt Dr. Brandes, „daß es einfach niederschmetternd ist und daß man es kaum auszuspochen mag“. Es zeigte sich, „daß in einer Vielzahl der Molkereien auch die allernotwendigsten Einrichtungen zu einer qualitativ guten Butterherstellung fehlen“. Das sind Dinge, die von landwirtschaftlicher Seite selbst festgestellt worden sind; wir müssen gestehen, daß die Kritik, die in der Ablehnung des Geschäftsverkehrs durch den Konsumverein Leipzig-Plagwitz liegt, noch nicht annähernd so weit geht.

Die deutschnationalen Hege und die des Reichslandbundes hat die deutsche Landwirtschaft davon abgehalten, die wirtschaftstechnische Umstellung beizugehen. Wenn die deutsche Landwirtschaft heute vielfach in keiner beneidenswerten Situation steht, so ist das darauf zurückzuführen. Einen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft zeigen die Hinweise des Leipziger Konsumvereins, der zweifellos, wie alle anderen deutschen Konsumvereine, bereit ist, mit der deutschen Landwirtschaft Hand in Hand zu arbeiten, wenn ihre Produkte marktfähig sind und den Ansprüchen des deutschen Konsums genügen.

Betrug an der Sozialpolitik.

Vor einer großen Eisenpreiserhöhung. — Die Reichsregierung muß handeln.

Bei den Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung der Arbeiter der Schwerindustrie gingen die sozialpolitischen Behörden des Reichs davon aus, daß ein Schiedspruch gefällt werden müßte, der für die Eisenindustrie unter ihren gegenwärtigen Produktionsbedingungen tragbar sei. Daher kamen sie in der Behandlung dieser Angelegenheit den Wünschen der Schwerindustrie wehlig entgegen und fällten schließlich einen verbindlichen Schiedspruch, der von der Arbeiterschaft aller Richtungen als völlig unbefriedigend betrachtet wird.

Jetzt stößt die Schwerindustrie die Voraussetzungen des Schiedspruchs zu ihren Gunsten um; sie plant eine Eisenpreiserhöhung und bereitet die deutsche Öffentlichkeit schonend auf sie vor. In Rotterdam setzte sie die Ente einer zwanzigprozentigen innerdeutschen Eisenpreiserhöhung in die Welt, um in der deutschen Presse dann beruhigend mitzuteilen, so schlimm werde es schon nicht werden. Zwanzig Prozent Eisenpreiserhöhung würde in der Tat der Schwerindustrie ein Vielfaches dessen einbringen, was von den Gewerkschaften in den Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit gefordert wurde.

Aber auch eine mäßige Eisenpreiserhöhung erscheint im gegenwärtigen Augenblick ungerechtfertigt. Mehr als das, sie wäre im höchsten Maße schädlich. Wie einsichtigen Kreise sind sich in Deutschland darüber klar, daß das Jahr 1928 ein Jahr der Exportsteigerung sein muß und daß in erster Linie die eisenverarbeitende Industrie Deutschlands zur

Nimm's leichter!

Kein Mensch ist heute restlos zufrieden mit seinem Los.

Machen wir uns nicht mehr Sorgen als uns der Alltag ohnedies bringt! In trüben Stunden sollte man sich zu einer kühl abwägenden Gleichgültigkeit durchringen.

Kopf hoch! Eine Massary-Zigarette her! Sieh nur: wie die blauen Wölkchen munter emporstreben. Symbolisch. Es wird schon werden! In der Tat geht in solchen Stunden nichts über eine wirklich gute Zigarette. Und

Massary-Privat 4 S

ohne Mundstück- und mit Goldmundstück

Das ist Tabak!

Auch die älteren Schwestern der Massary-Privat sind reifer als gestern, sind vollkommene Tat:

Massary-Delft 5 Pf.
Massary-Ritter 6 Pf.
Massary-Diplomat 8 Pf.



Alle Länder Fahnen liegen den Massary-Marken bei. Wer sie nicht selber sammelt, erfreue ein Kinderherz damit!

Der Wächter.

Von Gösta Lönnqvist.

Aus dem Schwedischen von Alge Adenstrup und Elisabeth Treitel.

Er hatte mich gefragt, ob er mich zu einem leichten Frühstück einladen dürfe, mein Freund, der Direktor Winkler. Er hatte Glück, und wir saßen im Speisesaal des eben renovierten Restaurants „Zum Fliegeradmiral“.

Ein Kellner kam und meldete: „Der Mann, den Herr Direktor Winkler bestellt hat, wartet draußen.“

„Willst du mir den Gefallen tun und ihn dir auch ansehen? Ich möchte gern dein Urteil hören,“ sagte Direktor Winkler zu mir.

Im Vestibül stand ein riesenhafter Mann, dessen Umfang fabelhafte Körperkräfte verriet, und dessen Gesichtszüge auf einen bis zur Dickköpfigkeit unbeugbaren Charakter deuteten.

„Wenn du mein Urteil nach stüchtigem Ansehen hören willst,“ sagte ich zu Direktor Winkler, „so möchte ich diesem Gentleman nicht im Dunkeln begegnen. Im Hellens übrigen auch nicht.“

„Er sieht gut aus,“ sagte der Direktor, und dann zu dem starken Mann:

„Kommen Sie mit auf die Straße, Herr Komarek.“

Er zeigte auf ein großes, elegantes Auto und sagte:

„Herr Komarek, Sie müssen auf diesen Wagen aufpassen, bis ich wiederkomme. Es kann eins, vielleicht auch zwei Stunden dauern. Aber auch wenn es fünf Stunden dauern sollte, müssen Sie aufpassen, daß niemand den Wagen wegnimmt. Können Sie das?“

„Na, wenn es weiter nichts ist!“ sagte Herr Komarek.

„Seien Sie nicht so sicher, jetzt, wo die Diebe am helllichten Tage mit Bomben und Reibelgas arbeiten. Da holen sie auch ein Auto bald weg.“

„Seien Sie unbesorgt, Herr Direktor, solange ich hier sehe, kommt niemand dem Auto zu nahe.“

Wir gingen wieder in den Speisesaal.

„Wollen sehen, ob er was taugt,“ sagte der Direktor. „Ich habe es schon mit sieben anderen versucht. Keiner war zu brauchen.“

Eigentlich lächerlich, dachte ich, so leicht stiehlt doch kein Dieb ein Auto am helllichten Tage von der Straße weg.

Bier Minuten später trat ein fetter, aber kleiner Herr aus einem Hause in der Nähe und ging auf das Auto zu. Er legte die Hand auf die Tür und wollte in den Wagen steigen.

„Komu? Was denn?! Was soll das heißen?!“ riefte Herr Komarek Kellnerhaft hinter ihm.

„Wie? Was das heißen soll? Ich habe Sie nicht angesprochen!“ sagte der kleine, aber fette Herr von unten herauf, öffnete die Tür und setzte den einen Fuß aufs Trittbrett.

Da legte sich Herr Komareks schwere Hand auf den Rücken des fetten kleinen Herrn, worauf dieser eine kleine Ellipse beschrieb und auf der Vorderkante, ein paar Meter entfernt, landete.

„Rufen Sie, daß Sie nach Hause kommen, verstehen Sie, und lassen Sie das Auto nicht an, verstehen Sie!“

„Sie sind wohl verrückt!“ sagte der kleine Herr. „Wollen Sie mich verhindern, mein eigenes Auto zu besteigen?“

„Hände weg! Kommen Sie mir nicht mit so was! Das sagen Sie alle!“

„Was? Soll ich die Polizei rufen?“

„Die können Sie ruhig rufen, Herr! Hier bin ich Polizei! Verstehen Sie!“

Jetzt wurde der kleine fette Herr blaß, denn er hatte seinen Führerschein nicht bei sich. Und da sein Heimatsort zehn Meilen entfernt lag, konnte er nicht im Handumdrehen nach Hause gehen und ihn holen. Fuchsteufelsdräus ging er fort, ohne daß ihn Herr Komarek noch mal zu heben brauchte.

„All das haben der Direktor und ich.“

„Da siehst du!“ sagte der Direktor.

„Tatsächlich, aber wann hast du dir eigentlich ein Auto zugelegt?“

„Ich? Ich habe doch gar kein Auto. Ich habe keine Ahnung, wem dieser Wagen gehört. Aber ich brauche einen ganz zuverlässigen Menschen als Wächter für meinen Obstgarten. Komarek ist gut, so soll man sein. Nicht viel reden. Nur aufpassen. Wenn einer so gut auf ein Auto aufpaßt, daß nicht mal der Besitzer herankommt, dann eignet er sich für meinen Garten.“

Jetzt weiß ich allerdings nicht, ob ich Direktor Winkler in der Obstzeit zu besuchen wage. Ich wiege noch weniger als der kleine Dieb.

Provokation.

Von Fred Frits.

Unterm Bülowbogen. Am Ausgang zur Hochbahn. Dort stehe ich und zähle Geld. Mit beiden Händen halte ich das geöffnete Portemonnaie. Es ist voll Silbergeld. Jeder, der vorübergeht, läßt für eine Sekunde seinen Blick darauf ruhen. Und drei Burichen, die in meiner Nähe stehen, können das verdohende Klumpen der Silberstücke hören. Die drei Burichen sind schlecht angezogen, schlecht ernährt, mihmützig — Arbeitslose! Dem einen sieht der „Arbeitsmarkt“ aus der Borketschasse; das ist das Blatt, das täglich so viel Stellen anpreist, von denen kaum eine einen Mann ernährt.

Ich zähle das Geld. Mit zufriedenerm Gesicht sehe ich auf meinen blühenden Schatz. Etwas Gütiges steigt in mir hoch; es wird mir zum Genuß, den Dreien da zu zeigen, daß ich Geld habe, Geld zählen und mit Geld klumpen kann. Das Portemonnaie halte ich in der rechten Hand, während die Finger der linken mit den Silberstücken spielen, die so verdohend klumpen. Da plötzlich springt einer der Burichen an mich heran, greift nach dem Portemonnaie — das Geld springt silbern und klingend über dem Handgemenge — und rennt davon — ohne das Portemonnaie. Das halte ich fest in meinen Händen, die Finger sind im Leder gekollt. Auf dem Boden liegt das Geld: silbern und lachend, glänzend im Schmutz. Man hilft es mir aufzukleben. Ich erhalte alles wieder zurück. Nicht eine Mark haben die Burichen mitnehmen können. Mein Schrecken, meine Enttäuschung und der auf dem Fährdamm vorüberbrausende Verkehr, in dessen Brandung sie gestürzt sind, haben sie entkommen lassen.

Ein großer Kreis aufgeregter Leute ist um mich herum. Warum ich den Burichen nicht nachgelaufen bin, werde ich gefragt. „Ach, das sind Arbeitslose,“ lache ich.

„Straße waren es!“ sagt ein Herr und geht weiter. „Straßenräuber“ ruft eine Dame ihm zustimmend nach. „Wenn schon,“ meint eine Rutte für sich. Das ist das letzte, was ich höre. Der Kreis löst sich auf. Jemand hat einen Sippo geholt. Der naht. Da verschwinde auch ich. Und spucke aus. Vor mir steht ...

Heinrich Zille.

Zum 70. Geburtstag.



Meinen Glückwunsch
H. Zille.

Ja wasch: dir is der ganze Quatsch zuwider von wesen „Halbierung“ und „Jubiläum“.

Doch deut ist: zenmal alle siebzich Jahr — und denn nie wieder!

Blog — hab' ist usicht Realties uffzumarten als det, womit du selbst mal kratuliert die scheenste der von dir jemalenen Karten ... jowat passiert.

So seh vor mit denn, kleine Zille-Jöhre, zu Meester Heinrich nach Charlottenburg, und stehuse da schon an tu Stadt und Köhre, — dräng leg dir durch!

Na, Ueschen, sage uff nur deinen Wunsch, mach einen scheenen Anicks vor Onkel Zille, und mit dein Händchen, — zieht er seinen Flunsch, mach alle—alle!

Sach: „Onkel Zille! Wenn dir noch vahtummelt als „strolche Mode“ jez die Haut-voll-Flösch, — da bleibst bei uns, wo die Sapete schlummelt, in dein Millisch.“

Wat is schon bei die fetten Pinkels los? Nur Hornbrillogsen und Resthetentual! da siehste dir doch unbehaglich bloß. Wie sind dein Fall.

Wie sind dir nich „Modell“ blog und „Objekt“, wie sind dein Leben, allen dein Jemüts, und sagt wer: „Zille, der hat euch entdeckt“, — nich in de Tüte!

Er hat mit uns jesebt die ganze Zeit, der poore Dasein mitsemacht von frühe. Und der er uns da schlechlich konterzett, is klar wie Bröhe.

Doch davon hab' ihr Bessern keenen Dunst, die stets drei Schritt vom Leibe uns jehlebeu. Det is der tiefe Giau von seine Kunst: er kann uns lieben.

Jewitz, manch andrer, der hat ooch wat los, doch vor uns arme Leute stänzt er ferne. Der bleib een schlichter Retl, der macht ihn froh. Den ham wa jesus!“

Erig Raitanz.

Beim Schuster Kolomaf.

Von Dr. Julian Naruse.

Ich glaube nicht, daß es schone Neugierde war, die mich trieb, der Einladung von Genossen Faust zu einem Besuch im Hause Kolomaf jüngst Folge zu leisten. Um Leben und Schicksal von Mutter und Kind hatte sich soviel Trug und — Verklärung gesponnen, daß es der Mühe wert schien, eine persönliche Begegnung zu suchen.

Bremens bürgerliche Stadtteile atmen altväterliche Tradition, die Abgeschlossenheit der eng aneinander gelehten Einfamilienhäuser, in deren strenge Zucht selbst die Wohnungsnot kaum einen Einriß getan hat, beherrscht die Straßenlinie, Vorgärten, Treppenaufgänge und blumengeschmückte Spiegelscheiben sind Insigilien bodenständiger Besitzfreude. Nur in der Kontreforte, dem Blutstratenortel, stößt man auf mehrstöckige, den Gleichten durchbrechende Bauten. Was sie an Bodenfläche sich einzeln erzwingen, das teilen in unmittelbarer Nähe noch Dutzende kleiner, arbeitsloser Proletarierhäuser untereinander.

In solch einem Gäßlein, Kleine Meinkenstraße benannt, Hausnummer 3, wohnt der Schuster Kolomaf. Sein „Einfamilienhaus“ zeigt unter einem dürrigen Anstrich das übliche Bild: Zweifensterfront im Erdgeschoß, einen Mansardengiebel, der Eingangstür gegenüber die Vertikale, in der Tag und Nacht des betrieblichen Handwerkers Hände Sohlen und Klöße neu herrichten. Der biedere Schuhmacher ist eine Alltagserscheinung, hinter der abgenutzten Hornbrille blicken ein paar gutmütige Augen hervor. Erziehungsprobleme liegen ihm sicherlich weit jerner als die kunstgerechte Herstellung zerrissener Schuhwerks. Als fleißiger Arbeiter zog er sich seine Kunstschöpfung aus den kleinen Leuten der Umgebung heran, mit dem Aufstieg in die Seniation des Tages kamen die vornehmen Herrschaften aus der Kontreforte, und heutzutage, wo alles verblüht ist, sind es wieder die rindselbigen Arbeiterkinder, die genötigt und gefickt werden müssen. Die fremden Besucher lassen ihn nur kurze Zeit die Arbeit unterbrechen, in dem sauber gehaltenen kleinen Wohnzimmer mit seinen alten Wäschbücheln, einer über dem Sofa hängenden großen Photographie der verstorbenen Lisbeth und einer überraschenden Zahl von Plänen und Starren, erwarten wir Frau Kolomaf.

Eine schlichte Frau von ungezwungener Bewegung, klar blickenden und sinnenden Augen, tritt zu uns. Die ihr wegen mangelhafter Obhut in der Aufzucht ihres Kindes im ersten Urteil justifiziert acht Monate Gefängnis haben das Wesen der Frau und Mutter nicht zu verändern vermocht. Ruhig und ernst spricht sie von dem Heimgang ihres Kindes, von der aufrichtigen Liebe, mit der sie es umschloß, von der vielleicht zu weichen Rücksicht, die sie walten ließ und die ihr manchmal die Augen trübte, von dem unumwiderrbaren Drang, das Geschehene und Erlebte in ein Tagebuch zu kleiden. So eng verwoh sie sich mit dem Schicksal ihres Kindes, daß dessen Erlebnisse und Leidenswege zu eigenen Gestaltungen wurden. Auf diesem heiligen Rittersleben erstand das vielverfälschene, zum öffentlichen Vergernis der Bremer Gesellschaft und damit zum Verdammnis der Verfasserin werdende Buch „Tom Leben geseht“.

Die schühende Hand, die ursprünglich die lotholische Kirde über Mutter und Autorin hielt, ist längst gesunken, der Verlag Herder in Freiburg und die Herausgeberin des Buches, die Oberin des Ursulinertöblers Hofelände, verweigern jebe weitere Auslieferung desselben, es ist im Buchhandel nicht mehr zu haben. Dieses Dokument mit seinem gellenden Aufschrei gegen verrottete Gesellschaftsauffassungen und — einrichtungen, mit seinem tiefen Weh um die Tragik eines wiederbelebenden, bühngesperrten Geschehens soll eingestampft werden, weil der Widerhall, den es gefunden, nicht mehr in die unburdshichtigen Zwecke paßt, die mit seiner Herausgabe verfolgt wurden. Demgegenüber muß von öffentlicher Seite aus verlangt werden, daß dieses von Verlag und der Herausgeberin auf den Index gelegte Tagebuch der Verfasserin zur freien Verfügung zurückgegeben wird. Möge dieser Ruf aufstehend wirken.

Die Mutter Kolomaf kämpft um das Andenken ihres Kindes und um ihre eigene mütterlich Ehre, deren Belledung mit dem Belist der Kuppel ein trüben Schatten auf sie geworfen hat. Um ihre wirtschaftliche Existenz und Position aber zu kämpfen, dazu reichen die Kräfte dieser Frau nicht aus, hier müssen wir einspringen, die in dem Buch — mag nun Dichtung und Wahrheit in ihm verknüpft sein — ein Spiegelbild der Zeit und damit einen Vorwurf zum Kampfe gegen Charitätstum und Freigebietmoral erblicken.

Neue Rundfunkmusik?

In England werden zurzeit Versuche angestellt, die die akustische Wirkung der Musikinstrumente auf das Mikrophon zum Gegenstand haben. Beteiligt sind dabei die englischen Rundfunkgesellschaften und einige Musikfachverständige, darunter ein Jazzforscher. Die Notwendigkeit derartiger Untersuchungen ist leicht einzusehen, wenn man die Schwierigkeiten kennt, unter denen musikalische Darbietungen, besonders aber Orchesterkonzerte, zustandekommen. In den Jahren seit Bestehen des Rundfunks sind die Versuche über die günstigste Schallwirkung im Aufnahmebereich noch nicht zum Abschluß gekommen; es hat sich ein bedeutender Wandel in ihrer Ausgestaltung vollzogen. Während man früher starke Verstärkung an Wänden und Decke anwandte, geht man jetzt zur Holztafelung über. Außerdem benutzt man kurze Stoffschirme an der Decke, die nach Bedarf gezogen oder zur Seite geschoben werden können; so wird die akustische Wirkung in seinen Grenzen beeinflusst. Gegenstand vieler Proben ist ständig die Verteilung der Instrumente im Raum. Ihre Wirkung auf das Mikrophon läßt sich nicht vorher berechnen, sondern nur durch den Versuch finden. So muß ihre Ansetzung vom Mikrophon, ebenso ihre Lage in Beziehung zueinander sorgfältig erprobt werden. Alle Fragen sind hier noch nicht gelöst. Namentlich die Übertragung von Konzerten großer Orchester gestaltet sich noch recht schwierig. Die Fülle der Instrumente kommt kaum zur Geltung, so daß viele Feinheiten der Musik verloren gehen. Die Übertragung von Konzerten, die im Freien stattfinden, gelingt, wo es sich eben um große Orchester handelt, gegenwärtig besser als die aus Aufnahmebereichen. In England will man jetzt diese und ähnliche Fragen genau untersuchen. Jedes Instrument wird in bezug auf seine Wiedergabe durch das Mikrophon geprüft. Wie man feststellen konnte, wird der Klang verschiedener Instrumente mehr oder weniger stark verändert übertragen; der Klang wirkt nicht mehr genau getreu der eigentlichen Färbung des Instrumentes. Man prüft, ob man der naturgetreuen Wiedergabe dadurch näherkommen kann, daß man für die stark entstellten Instrumente andere einsetzt; in der Tat ist es gelungen, den Klang einer Trommel naturwahr zu erzeugen, wenn man statt der Trommel ein Cello benutzte. In dieser Richtung sollen noch weitere Untersuchungen vorgenommen werden. Vielleicht wird man dazu gelangen, das Orchester, das im Rundfunk spielen soll, ganz anders zusammenzusetzen, als wir es sonst gewöhnt sind. Man beschaffte sich ferner mit einigen neuartigen Musikinstrumenten, wie dem Spielophon und dem Marianophon, und ermög ihre Einführung in das Rundfunkorchester. Endgültige Ergebnisse hierüber liegen noch nicht vor. Ein Musikfachverständiger glaubte auf Grund der Untersuchungen voraussetzen zu können, es werde in Zukunft für den Rundfunk nach besonderen Grundrissen komponiert werden müssen, weil die Zusammenfassung der Orchester eine ganz andere sein werde.

